



Wohin die Sozialkürzungen führen, wenn kein Widerstand geleistet wird, zeichnet sich immer mehr ab - von Gesundheit bis zum Arbeitsschutz.

EIN STADTBILD NACH MERZ' GESCHMACK!



©conceptphotoinfo via Flickr

06 Heilen oder verdienen?

Interview mit Nadja Rakowitz (vdää*) zu Gesundheitsreformen

12 Was passiert, wenn ein Arbeiter stirbt?

Tode durch Arbeitsbelastung sind kein Einzelfall - ein Bericht

16 Pressefreiheit unter Beschuss

Die herrschende Klasse führt einen Kampf um die Wahrheit

3 Bis nichts mehr bleibt - Sozialstaat stirbt Stück für Stück **6** Heilen oder verdienen? Interview mit Nadja Rakowitz **8** Zum DGB-Bundeskongress **10** Der Stand der Reallöhne und die Tarifrunden **12** Was passiert, wenn ein Arbeiter stirbt? **15** „Ausländer“, „Asylanten“, „Illegale“: Zum AfD Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt **16** Pressefreiheit unter Beschuss **18** China lädt ein: Wer den Tisch deckt, bestimmt das Menü **20** Neue Angriffe beim VW-Konzern

LIEBE LESER,

seit zahlreichen Ausgaben beschäftigen wir uns mit dem Thema Sozialabbau. Wir könnten dutzende Zeitungen füllen, in denen wir einzig und allein die zahlreichen Vorschläge der Regierung entwirren: Jeden Tag eine neue Ankündigung der Regierung, in jeder Tarifrunde eine neue Dreistigkeit der Kapitalseite, in jeder Talkshow eine neue Erzählung, warum es jetzt wirklich nicht anders geht.

Doch trotzdem bleibt der Widerstand bisher gering. Darum widmen wir uns in dieser Ausgabe der Frage, mit welcher Taktik die Regierung kürzt, um die Proteste kleinzuhalten, was hinter den Reformen im Gesundheitsbereich steckt, welche Rolle die Gewerkschaften spielen (könnten) und wie es denn jetzt wirklich um die Inflation steht - unabhängig von den geschönten Zahlen. Aber wir wollen auch aufzeigen, was Armut und Arbeitsbelastung, die gerade systematisch hochgefahren werden, mit Menschen machen: Was passiert, wenn ein Arbeiter stirbt?

All diese Fragen behandeln wir nicht umsonst, sondern um uns zu helfen, in den nächsten Monaten den Protest hochzufahren, Initiativen und Bündnisse zusammenzurufen, Aktionen anzusetzen, aufzuklären und die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen nicht unbeantwortet zu lassen!

Weitere Themen sind die Hetze der AfD in ihrem neuen Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt, die Lage der Pressefreiheit, die China-Besuche von Trump, Putin und Reiche sowie die strategischen Angriffe des VW-Konzerns auf die Beschäftigten.

WIR WÜNSCHEN VIEL SPASS BEIM LESEN UND GUTE DISKUSSION,

DIE REDAKTION

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 24. Juni.

IMPRESSUM

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

V.i.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitsukunft.de

webmaster@arbeit-zukunft.de

Tel: 07159 4200174

Bankverbindung

Kontoinhaber: Diethard Möller

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

Kreditinstitut: Postbank Stuttgart

BIC: PBNKDEFFXXX

IM JUNI... 1953

VOLKSAUFSTAND IN DER DDR

Am 17. Juni wird in ganz Deutschland des Volksaufstands in der DDR gedacht – besonders antikommunistische Institutionen wie die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ nutzen diesen

Tag, genau wie die Bundesregierung, um sich als Demokraten zu inszenieren und den Sozialismus als grundsätzlich undemokratisch darzustellen. Doch auch für Kommunisten müssen die Geschehnisse des 17. Juni 1953 Fragen aufwerfen.

Mit dem Sieg der Sowjetunion und der Alliierten war für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zwar ein neuer Weg möglich geworden, zugleich aber waren die fortschrittlichen und kommunistischen Kräfte durch das Morden der Nazis und das jahrelange Exil vieler Verfolgter geschwächt. Die Sowjetunion strebte daher kein sozialistisches, sondern ein vereintes und neutrales Deutschland an - wie in Österreich. Am 10. März 1952 überbrachte der sowjetische Außenminister eine Note Stalins an die USA, in der er dies vorschlug. Am 25. März 1952 lehnten die Westmächte ab. Kanzler Konrad Adenauer sagte: „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“ Sie wollten die Spaltung und Kalten Krieg.

Doch obwohl der Druck der Westmächte, die jeden Fehler ausnutzten, schwer auf der DDR lastete, verschärfte die ohnehin auf schwachen Füßen stehende Führung der SED den „Kurs zum Aufbau des Sozialismus“ auf eine Art und Weise, die zahlreiche Widersprüche hervorrief, vor allem zur Arbeiterschaft. Anfang Juni 1953 erhöhte

die SED in der DDR die Arbeitsnormen, dekretierte, dass für den Erhalt des bisherigen Lohns die Arbeiterinnen und Arbeiter mehr leisten oder aber weniger verdienen müssten. Bekanntlich führte dies zu Streiks, zu Massenstreiks, zu Massendemonstrationen und zu einem Aufstand, der vielerorts zur Erstürmung von Gefängnissen führte. Die sowjetischen Truppen eilten zu Hilfe und schlugen den Aufstand nieder. Die SED-Führung verschanzte sich in einer

Kaserne und ließ die sowjetische Armee die Kastanien aus dem Feuer holen. Kämpferische Kommunisten setzten sich hingegen in Betrieben und Stadtteilen mit den unzufriedenen Kolleginnen und

Kollegen auseinander. In bürokratischer Weise „korrigierte“ die SED-Führung zwar ihre Fehler, um die Massen zu beruhigen. Doch die allgemeine Haltung wurde von Bertolt Brecht passend in einem

Gedicht kritisiert:

*Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?*

Es ist hier nicht der Ort zu diskutieren, ob der Aufstand allein das Werk von Westprovokateuren und -agenten war, wie es die SED tat. Die gab es natürlich. Vielmehr soll hier der Grundsatz vertreten werden, dass die Angriffe von außen mit Sicherheit mittels der

Widersprüche, Ungereimtheiten und Fehler im Inneren der DDR wirkten! Wer per Dekret über die Arbeiter herrschen will, darf sich über die Folgen nicht wundern, zumal der Gegner im Westen durch den Marshallplan deutlich zeigte, wie er die Propaganda- und Wirtschaftsschlacht zu gewinnen gedachte. Wer die Fehler der SED nicht diskutieren will, wird nie die Lehren aus dem politischen Waterloo dieser Partei am 17. Juni 1953 ziehen können.



Bis nichts mehr bleibt

Jeden Tag neue Meldungen, was am Sozialstaat zu viel ist und abgeschnitten gehört. Die Merz-Regierung stößt jeden Tag mit neuen Vorschlägen vor und erklärt, wo gekürzt werden soll. Die Art und Weise, wie die Kürzungen verkauft werden, ist darauf ausgelegt, Widerstand zu verhindern.

Der Sozialstaat ist nicht ein von irgendjemandem geschenktes Sicherungssystem, sondern das Ergebnis blutiger Klassenkämpfe. Seine Entstehung im 20. Jahrhundert beruhte auf der Stärke der sozialistischen Arbeiterbewegung, auf gewerkschaftlicher Macht und der realen Angst des Kapitalismus vor dem Sozialismus. Bismarcks Sozialgesetzgebung war der Zwang des deutschen Reichskanzlers, auf die revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse zu reagieren. Er wollte einer Revolution entgegenwirken, nicht zuletzt, um dem Sozialismus den Nährboden zu entziehen und die Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu integrieren. Kautsky, der sogenannte „Papst des Marxismus“ nach Engels Tod, fasste diese Tendenz der damaligen Sozialdemokratie folgendermaßen zusammen: „Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolutionen machende Partei“ („Der Weg zur Macht“, 1909). In dieser Phase wurde die SPD eine Partei der Reformen, um den Kapitalismus lebenswert zu machen und zu erhalten, anstatt einen Arbeiterstaat aufzubauen. Seither hat sich diese Logik auch tief in das deutsche politische Bewusstsein eingebrannt. Nach zwei Weltkriegsniederlagen wurde die Bundesrepublik aufgebaut. Auch hier setzte sich die Idee des Sozialstaates durch, hatte man doch eine reale Angst, da der Sozialismus bis zum Osten des eigenen Landes vorgedrungen war.

Der „ideelle Gesamtkapitalist“

In diesem Kontext etablierte sich auch die Idee, dass der Staat eine neutrale Einrichtung sei, die über den Klassen stehe und zwischen den unterschiedlichen Interessen vermittele. Doch dieser Schein trügt, denn der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“, wie Engels ihn in seinem Werk „Anti-Dühring“ nannte, schützt lediglich die gemeinsamen Klasseninteressen aller Kapitalisten. Er greift korrigierend ein, wenn der Eigennutz einzelner Unternehmen den Bestand des kapitalistischen Systems gefährdet, übernimmt Aufgaben wie Bildung, Verkehr, Pflege und Gesundheit, die für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft und die Regenerierung der Arbeitskraft notwendig sind, sich aber für Privatunternehmer nicht direkt lohnen und schützt zuletzt Machtstrukturen und Eigentumsverhältnisse: Je nach Stärke der Klassenkämpfe mal etwas mehr Sozialstaat, mal etwas weniger, aber immer im Interesse des kapitalistischen Systems. Seit den 1970er Jahren hat sich dieses Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zu Gunsten der herrschenden Kapitalistenklasse verschoben. Der Sozialstaat wurde nach und nach zurückgefahren, nicht durch einen Bruch, sondern eine schrittweise Verschiebung – eine sogenannte Salamtaktik des Sozialabbaus.

Seit den 1990er Jahren hat sich die deutsche Sozialpolitik grundlegend verändert. Politiker, Wirtschaftsverbände und große Teile der Medien bezeichneten diese Veränderungen meist als notwendige „Reformen“, die Deutschland modernisieren und an die Bedingungen der Globalisierung anpassen sollten. Dabei handelt es sich aber nicht um „neutrale Modernisierung“, sondern um eine Umverteilung des Reichtums von unten nach oben.

Auffällig ist dabei, dass große Einschnitte selten offen angekündigt wurden. Stattdessen erfolgt der Umbau des Sozialstaates schrittweise – „Scheibe für Scheibe“. Immer wieder wurde behauptet, Deutschland stehe vor dem Zusammenbruch: Die Renten seien nicht mehr finanzierbar, Arbeitslose belasteten die Gesellschaft, die internationale Lage zwingt zu Einschnitten, Migranten wandern ins Sozialsystem ein. Der Sozialstaat erschien plötzlich nicht mehr als gesellschaftliche Errungenschaft, sondern als Problem. Besonders prägend war dabei die Vorstellung der „Alternativlosigkeit“. Wer gegen Sozialabbau argumentiert, wird häufig als unrealistisch oder wirtschaftsfeindlich dargestellt. Dadurch verschiebt sich das politische Denken. Nicht mehr die Frage nach sozialer Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt, sondern die Anpassung der Gesellschaft an die Bedürfnisse „des Marktes“.

Hartz IV als Klassenprojekt

Den zentralen Wendepunkt dieser Entwicklung markierte die Agenda 2010 unter SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder, dessen Kanzlerschaft das Ende der SPD einleitete, die damals von einer „Volkspartei“ zu jetzt einer nahezu marginalisierten Partei schrumpfte. Gerade weil die Sozialdemokratie historisch eng mit der Arbeiterbewegung verbunden war, konnte sie neoliberale Reformen oft effektiver durchsetzen als die konservative Union, da sie den Widerstand intern kontrollieren konnte.

Ein offener Frontalangriff der Union auf den Sozialstaat hätte wahrscheinlich stärkeren gesellschaftlichen Widerstand ausgelöst. Unter sozialdemokratischer Führung erschienen dieselben Maßnahmen jedoch als „vernünftige Modernisierung“. Dadurch wurde die Opposition geschwächt und sozialer Protest teilweise entpolitisiert, mit der Sozialdemokratie verbundene Gewerkschaften gerieten in Sinnkrisen und verloren an Zulauf oder Kampfgeist.

Offiziell sollten die rot-grünen „Reformen“ der Jahrtausendwende Arbeitslosigkeit bekämpfen und Deutschland wettbewerbsfähiger machen. Tatsächlich veränderten sie jedoch vor allem das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Mit Hartz IV entstand ein System der Angst und diese Angst wirkte dabei weit über die Gruppe der Erwerbslosen hinaus. Auch Beschäftigte wurden diszipliniert, weil die Drohung des Absturzes in Hartz IV ständig präsent blieb.

Nicht ein einziger radikaler Einschnitt zerstörte den alten Sozialstaat, sondern eine

Serie kleiner Veränderungen: Es fing mit der Lockerung der Arbeitszeiten an, dann folgte die Einführung von Leiharbeit, gefolgt von der Einführung von Minijobs, nachdem lange „über die Flexibilisierung der Arbeit“ diskutiert wurde. Es betraf am Anfang auch nicht die ganze Arbeiterklasse, sondern nur die „schmarotzenden Arbeitslosen“. „Arno Dübel – Deutschlands frechster Arbeitsloser“ wurde sogar von der Bild „nach Malle“ geschickt, um Hartz-Gesetze zu rechtfertigen.

Die Privatisierung sozialer Risiken

Auch die Rentenpolitik folgte demselben Muster. Zunächst wurde ein drohender Kollaps der gesetzlichen Rente heraufbeschworen. Anschließend wurden schrittweise Kürzungen eingeführt und private Vorsorge mit der Riester-Rente als Lösung propagiert. Jeder Einzelne sollte nun selbst für Alter, Arbeitslosigkeit oder Krankheit vorsorgen. Damit wandelte sich das Menschenbild: Der Bürger erschien nicht mehr als Teil einer solidarischen Gesellschaft, sondern als Unternehmer seiner eigenen Existenz, eine „Ich-AG“, wie es damals genannt wurde. Heute folgt das gleiche Muster. Rente soll schrittweise in eine Grundsicherung umgebaut werden, während Opa sich mit Aktien eindecken soll.

Ähnliche Prozesse lassen sich auch im Gesundheitssystem beobachten. Praxisgebühren, Fallpauschalen (DRGs) und Privatisierungen wurden zunächst als begrenzte Effizienzmaßnahmen präsentiert. Tatsächlich führten sie zu einer tiefgreifenden Ökonomisierung medizinischer Versorgung und schufen falsche Anreize für Krankenhäuser. Erheblicher Kosten-

druck, Pflegekräfte am Limit, unzufriedene Patienten wurden Normalität, während Profitgedanken zunehmend medizinische Entscheidungen bestimmten.

Scheibe für Scheibe

Dass sozialer Abbau oft nur in kleinen Schritten passiert, ist kein Zufall. Dahinter steckt ein Mechanismus, der auch in der Psychologie gut bekannt ist: Menschen gewöhnen sich an langsame Veränderungen leichter als an plötzliche Einschnitte. Was heute noch Empörung auslöst, wirkt nach ein paar Jahren oft völlig normal. Genau deshalb werden viele Verschlechterungen nicht auf einmal durchgesetzt. Kleine Kürzungen oder schrittweise Veränderungen erzeugen weniger Widerstand als ein offener Großangriff. Erst Jahre später wird sichtbar, wie weit sich die gesellschaftlichen Verhältnisse eigentlich verschoben haben.

Hinzu kommt das Gefühl politischer Ohnmacht. Wenn Menschen immer wieder erleben, dass Proteste nichts verändern oder politische Entscheidungen ohnehin über ihre Köpfe hinweg getroffen werden, ziehen sich viele zurück. Politik erscheint dann nicht mehr als etwas, das man beeinflussen kann, sondern als etwas, das einfach passiert. Auch heute sehen wir das: Um den Abbau sozialer Rechte zu rechtfertigen wird eine permanente, nahezu mystische Krisenerzählung aufgebaut: Ob demografischer Wandel, leere Kassen, Staatsverschuldung oder „Der Russe steht vor unserem Garten und will die Oma töten, wenn wir uns nicht bis auf die Zähne bewaffnen“: Der Sozialstaat ist längst keine Errungenschaft mehr, die man behalten und ausbauen möchte, sondern wird als Last auf dem Weg zur Weltmacht betrachtet. Die Ausweitung prekärer Beschäftigung, Abschaffung von Krankheits-, Urlaubs- oder Feiertagen, Erhöhung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, Erpressung durch Arbeitslosigkeit und die Individualisierung sozialer Absicherung wie Rente und Gesundheit sollen als notwendige Übel verkauft werden. Die Politik diskutiert lang und breit darüber, wie die „nötigen Maßnahmen“ denn jetzt umzusetzen seien und erzeugt dadurch Zustimmung oder zumindest Passivität. Hier zeigt sich die Funktion der Salamtaktik besonders deutlich: Sie produziert Gewöhnung. Was zunächst für laute Empörung sorgte, wird durch permanent wiederholte Alternativlosigkeit zur Normalität. Mit der Zeit entsteht das Gefühl, dass Widerstand ohnehin nichts bringe und dass es „keine Alternative“ gebe. Dadurch verschiebt sich Schritt für Schritt das, was eine Gesellschaft überhaupt noch als normal oder akzeptabel empfindet.

Zahl der Superreichen in Deutschland in einem Jahr um fast 30% gestiegen

Nach einer Untersuchung der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG) ist die Zahl der Superreichen, die mehr als 100 Millionen Dollar besitzen, von 2024 auf 2025 um fast 30% auf 5000 gestiegen. Von den 12,4 Billionen Dollar Finanzvermögen besitzen sie 27,3%. BCG stellt fest: „Die Konzentration des Vermögens an der Spitze nimmt weiter zu...“ Zusammen mit den über 700.000 Multimillionären in Deutschland verfügen die Superreichen über 52,8% des Finanzvermögens. Die Nettovermögen in Deutschland stiegen 2025 um rund 15%. Wenn also über Krise geredet und festgestellt wird, „uns geht's schlecht“, dann stecken offensichtlich nicht alle in der Krise und nicht allen geht es schlecht. Für Bildung, Renten, Gesundheit, Pflege, Wohnungsbau ist „kein Geld da“. Die Reallöhne sinken seit einigen Jahren. Uns wird immer wieder versprochen, wenn es den Reichen gut geht, dann können die investieren und dann geht es allen gut. Doch die Realität sieht anders aus. Von 2024 auf 2025 ist das BIP leicht geschrumpft. Die Wirtschaft stagnierte. Zehntausende wurden entlassen. Jeden Tag erklingt die alte Leier, dass „Reformen“, also drastische Kürzungen in allen Bereichen dringend nötig sind, damit es der Wirtschaft wieder gut geht. Angeblich reichen die Renditen nicht mehr aus, damit sich investieren lohnt und die Arbeitsplätze sicher sind. Die Zahlen zeigen ein anderes Bild: Selbst als das BIP zurückging, stieg der Reichtum der Kapitalisten extrem um 30%. Dem Kapital reichen aber Renditen nicht aus, die zu so einem für sie tollen Ergebnis führen. Aus Geld muss eben mehr Geld werden. Es reicht nie. Die Arbeiterklasse und das Volk werden dafür immer massiver zur Kasse gebeten – ein gutes Argument für die Abschaffung des Kapitalismus, der der großen Mehrheit nichts mehr zu bieten hat.

Der Sozialabbau lief nicht nur in Deutschland nach demselben Muster ab. Seit den 1970er Jahren wurden in fast allen westlichen Industriestaaten soziale Rechte Stück für Stück abgebaut. Kaum irgendwo geschah das offen und direkt. Stattdessen wurde jede Kürzung als notwendige Antwort auf eine Krise verkauft: mal Inflation, mal Staatsverschuldung, mal internationale Konkurrenz. Immer hieß es, man müsse „den Gürtel enger schnallen“, um den Standort zu retten.

Thatcherismus in Großbritannien

Besonders deutlich zeigte sich das unter Margaret Thatcher in Großbritannien. Nach der Krise der 1970er Jahre erklärte ihre Regierung Gewerkschaften, Streiks und den Sozialstaat praktisch zum Hauptproblem des Landes. Schrittweise wurden staatliche Betriebe privatisiert, Arbeiterrechte eingeschränkt und Sozialleistungen gekürzt. Gleichzeitig verkaufte der Staat massenhaft öffentliche Wohnungen. Thatcher präsentierte diese Politik nicht als politische Entscheidung, sondern als angeblich alternativlosen Weg. Ihr berühmter Satz „There is no alternative“ wurde später zum Leitspruch neoliberaler Politik weit über Großbritannien hinaus.

Reaganomics in den USA

Ähnlich verlief die Entwicklung in den USA unter Ronald Reagan. Auch dort wurde der Staat plötzlich als Hindernis dargestellt: Sozialprogramme galten als ineffizient, hohe Unternehmenssteuern als Wachstumsbremse. Die Einschnitte kamen nicht auf einmal, sondern Schritt für Schritt. Zuerst Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche, dann Deregulierung der Finanzmärkte, Kürzungen sozialer Programme und schließlich die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Gleichzeitig wurden Gewerkschaften massiv geschwächt.

Austeritätspolitik in Griechenland

Nach der Finanzkrise 2008 wurde Griechenland zum europäischen Beispiel dafür, wie Sozialabbau unter Krisendruck durchgesetzt wird. Unter Aufsicht von Verwaltern der EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds folgte ein Sparpaket nach dem anderen: Rentenkürzungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Lohnsenkungen und Privatisierungen. Jede neue Maßnahme wurde als „letzte notwendige Rettung“ verkauft. Tatsächlich verschlechterten sich die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung über Jahre hinweg immer weiter.



Was es braucht

Die Regierung wendet bewusst zahlreiche Taktiken an, um den Widerstand gegen die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen zu brechen. Umso wichtiger ist es, nicht die Füße stillzuhalten, sondern den Finger in die Wunde zu legen und aufzuzeigen, dass die viel diskutierten Kürzungen auf Papier reale Auswirkungen haben und diese nicht einfach über uns ergehen zu lassen. Im März wurde von 14 Sozialverbänden und Gewerkschaften ein neues Bündnis für den Sozialstaat einberufen – leider wird bisher wenig Protest auf die Straßen getragen. Doch es gibt ihn – wenn auch noch klein – bereits hier und da: In Kiel veranstaltete der DGB unter dem Motto

„Mit Macht für die 8!“ Demonstrationen zur Verteidigung des 8-Stunden-Tages. Am 10. Juni tagen in Hannover die Landesgesundheitsminister und ver.di ruft zum Protest zur Verteidigung des Gesundheitssystems auf. In immer mehr Städten bilden sich Initiativen – aus der Jugendhilfe, den Betrieben und Krankenhäusern oder den Universitäten kommen Kräfte zusammen, um sich gegen den Sozialabbau zu stellen. Und nicht zuletzt stehen in diesem Jahr wichtige Tarifrunden an – die größte davon in der Metall- und Elektroindustrie – die zentrale Momente des Widerstands sein können, wenn sie von den Kolleginnen und Kollegen dazu gemacht werden. ★

HEILEN ODER VERDIENEN?

Nach der Krankenhausreform vor einigen Jahren liegt jetzt ein Kabinettsbeschluss zur Reform des Krankenkassensystems vor. Was bedeutet es für Patienten und Beschäftigte, wenn das Gesundheitssystem immer mehr der Profitlogik unterworfen wird? Wie muss der Widerstand gegen diese Reformen aussehen? Und: Lassen sich die Deutschen wirklich zu viel operieren? Über all das haben wir mit Nadja Rakowitz, Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää), gesprochen.

Was ist der Verein demokratischer Ärzt*innen? Seit wann bist du im Verein und in deinem Berufsfeld tätig und für was setzt du dich ein?

Der vdää*ist ein Berufsverband, der in den 1980er Jahren gegründet wurde als Dachverband der Listen demokratischer Ärztinnen und Ärzte. In diesen hatten sich linke Ärztinnen und Ärzte zusammengetan, um gegen autoritäre und ökonomisierte Strukturen zu kämpfen, aber auch gegen alte Nazis in den Ärztekammern und gegen die Aufrüstung. Ich arbeite seit 2001 als Geschäftsführerin beim vdää*. Vorher habe ich fünf Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Medizinische Soziologie bei Prof. Hans-Ulrich Deppe gearbeitet. Er war Gründungsmitglied des vdää und von ihm habe ich mein Handwerk gelernt. Ich setze mich dafür ein, dass das Gesundheitswesen ein gesellschaftlich, demokratisch an den Bedarfen der Bevölkerung geplant wird und frei ist von Profitinteressen und sachfremden Hierarchien. Mir ist klar, dass es dafür grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen braucht.

Wie hat sich die Lage im Gesundheitssystem verändert, seitdem du tätig bist? War früher wirklich alles besser?

Ich habe 2006 begonnen, beim vdää* zu arbeiten. Zwei Jahre vorher wurden die Fallpauschalen (DRG) im Krankenhaus als Finanzierungsinstrument eingeführt. Sie waren das Vehikel, mit dem die kapitalistische Ökonomisierung der gesamten Krankenhauslandschaft durchgesetzt werden konnte. Und ich konnte seitdem beobachten, was passiert, wenn man einen gesellschaftlichen Bereich dem Kapital subsumiert. Das war wie aus dem Lehrbuch und

kann sehr gut dafür dienen, Menschen klar zu machen, wie Kapitalismus funktioniert und warum Karl Marx das so grundsätzlich kritisiert hat. Im ambulanten Sektor hatten wir in West-Deutschland schon immer ökonomisierte Verhältnisse, weil die Ärzt*innen dort als (Klein-)Unternehmer arbeiten. Hier herrschte schon immer Über- und Unterversorgung zu gleich, hier wurde nicht bedarfsgerecht geplant und das Geld spielte eine zentrale Rolle. Aber auch hier haben wir in den letzten 20 Jahren noch eine Verschärfung dieser Logik erlebt: Es ist auch hier jetzt möglich, dass sich große Kapitalien breit machen und Praxis-Ketten eröffnen oder aufbauen/aufkaufen. Das verschärft die kapitalistische Logik noch einmal. Dass „früher alles besser war“, stimmt natürlich nie und nirgends. Welches früher soll das denn sein? Die Weimarer Republik? Da gab es zumindest Ambulanzen und einen Verein sozialistischer Ärzte, aber auch Verhältnisse, die zu 1933 geführt haben. 1949-1989 in der DDR? Da war das Gesundheitssystem auf jeden Fall besser geplant und organisiert, aber gleichzeitig eben auch unterfinanziert – zumindest gegen Ende der DDR. Außerdem war es eben auch geprägt von bestimmten autoritären Vorstellungen, die kritikwürdig sind.

Es stehen durch die Reformen sehr konkrete Änderungen im Gesundheitssystem an (Kürzungen bei Hautkrebsvorsorge, Homöopathie, Angriffe aufs Krankengeld, Ehegatten- und Familienversicherung). Welche Auswirkungen werden diese Reformen haben und wer wird am meisten darunter leiden?

Das ist in dieser Kürze schwer zu beantworten. Die noch unter Rot-Grün beschlos-



sene und heute von der Großen Koalition fort- und umgesetzte Krankenhausreform wird die Ökonomisierung – anders als versprochen – nicht zurückdrehen, sondern hunderte Krankenhäuser schließen und den Rest drastisch zentralisieren. Das wird eine Katastrophe. Die jetzt geplante GKV-Reform hat viele verschiedene Regelungen, darunter sinnvolle wie die Streichung der Homöopathie als Leistung der Gesetzlichen Krankenkassen oder auch die Zurücknahme der Vergütung von bestimmten ärztlichen Leistungen im ambulanten Sektor. Das sind aber eher Ausnahmen, die anderen Regelungen sind zum größten Teil Einsparungsversuche oder Verlagerung von Kosten von der GKV auf die Versicherten oder sogar die Patienten, wie z.B. die Erhöhung der Zuzahlung auf Medikamente oder bei Krankenhausbesuchen. Das trifft natürlich die einkommensschwachen (und kränkeren) Menschen am Stärksten und ist eine Schweinerei. Es gibt in dem Reformvorschlag aber auch Angriffe auf die Beschäftigten: z.B. werden Tarifierhöhungen im Krankenhaus in Zukunft nicht mehr refinanziert usw. Das alles ist ein Angriff nicht nur auf den Sozialstaat, sondern auf Errungenschaften der Arbeiterklasse. Ich denke, diese Politik wird zu massiven sozialen Verwerfungen führen. Linke Politik wird in Zukunft wieder sehr grundsätzliche Fragen stellen müssen, „nur“ Verteilungsspielräume auszunutzen wird bei dieser massiven Umverteilung gegen uns, die Lohnabhängigen, kaum noch möglich sein.

Die Reformen werden ja mit gängigen Erzählungen begründet, wie z.B. dass Patienten sich zu voreilig operieren lassen, weswegen jetzt eine Zweitmeinung verpflichtend sein soll, oder dass die Patienten ohnehin zu früh zu Fachärzten gehen würden, dass sie sich zu schnell und unbegründet krankschreiben lassen etc. Kannst du auf diese Erzählungen eingehen? Sind das tatsächliche Probleme im Gesundheitswesen?

Ja, es ist tatsächlich ein Problem, wenn Patienten operiert werden, auch wenn das medizinisch nicht notwendig ist. Das ist Körperverletzung und muss kritisiert und abgestellt werden. Aber die Schuld daran tragen nicht die Patienten, sondern das DRG-System, dass geradezu Anreize setzt, solche Operationen durchzuführen, weil sie schnelles Geld für das Krankenhaus bringen. Statt jetzt die Patienten zur Zweitmeinungseinholung zu verpflichten, müssen diese Anreize abgeschafft werden und das geht nur, wenn man das DRG-Sy-

tem abschafft und durch ein Selbstkostendeckungsprinzip ersetzt. Auch dass Patienten in Deutschland schnell zu Fachärzten gehen, liegt am System der ambulanten Versorgung und nicht nur an den Patienten. In den meisten Ländern gibt es diese ambulante Facharztstruktur gar nicht, da gibt es das nur im Krankenhaus. Was wir hier bräuchten ist ein Primärversorgungssystem in öffentlicher oder gesellschaftlicher Hand mit Angestelltenverhältnissen. Und die angeblich zu schnelle oder unbegründete Krankschreibung ist ein alt bekannter Vorwurf im Klassenkampf. Nichts anderes. Da nutzt es auch nicht viel, mit Zahlen dagegen zu halten. Die tatsächlichen Probleme des Gesundheitswesens sind, dass es nicht sinnvoll geplant ist und dass es ein Geschäftsfeld mit der Möglichkeit großer Profite ist. Das tatsächliche Problem der Gesundheit der Menschen ist, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen krank machen, und dass es viel zu wenig Möglichkeiten für sie gibt, an diesen etwas zu ändern, wenn man nicht ganz grundsätzliche Änderungen angeht. Aktuell kommt noch Riesenproblem dazu: die Militarisierung der Gesellschaft und des Gesundheitswesens und das politische Zusteuern auf einen Krieg, was natürlich mit den kapitalistischen Zwängen dieser Gesellschaft zu tun hat. Das ist im Moment eines der zentralen Felder der Auseinandersetzungen des vdäa*.

Wie müsste eurer Meinung nach ein Widerstand dagegen aussehen?

Der Widerstand müsste ein breiter gesellschaftlicher und einer der klassenbewussten Lohnabhängigen sein und eine antikapitalistische Perspektive haben. Dafür bräuchte es eine proletarische Gegenöffentlichkeit und Gewerkschaften mit linker Perspektive. Daran müssen wir arbeiten, das fällt nicht vom Himmel.

Vielen Dank für das Interview! ★

Berliner Krankenhäuser:

Wenn Altersarmut oder Streik die einzigen Optionen sind

Seit dem 15. April befinden sich Beschäftigte der Tochterunternehmen von Vivantes in einem harten Erzwingungsstreik. Sie fordern eine volle Angleichung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Kommunen (TVöD) und damit die Gleichstellung mit ihren Kollegen, die bei der Muttergesellschaft des größten kommunalen Krankenhauskonzerns Deutschlands angestellt sind.

Für die rund 2.500 Beschäftigten aus Bereichen wie Reinigung, Küche, Logistik, Technik und Reha stehen dabei die Angleichung an das TVöD-Entgeltniveau sowie der Einstieg in die betriebliche Altersvorsorge des öffentlichen Dienstes im Vordergrund. Denn aufgrund der niedrigen Löhne und der steigenden Lebenshaltungskosten droht vielen von ihnen andernfalls eine sichere Altersarmut. Die hohe Belastung der Arbeit im Krankenhaus in Kombination mit der Aussicht auf Armut im Alter erklärt, warum bei den Vivantes-Töchtern 98,2 Prozent der teilnehmenden Mitglieder in einer von ver.di durchgeführten Urabstimmung für die Einleitung eines Erzwingungsstreiks stimmten.

Konzern stellt sich quer, Regierung macht leere Versprechen

Im April zog die Geschäftsführung ihr sowie so schon mangelhaftes Angebot, dass keine Angleichung der betrieblichen Renten vorsah, mit dem Verweis auf Einnahmeausfälle durch die Bundesreform der Krankenkassenbeitrag, wieder zurück. Parallel greift der Konzern das Streikrecht der Beschäftigten mit juristischen Mitteln an.

Die Landesregierung wiederum macht vor allem leere Versprechen. Die Wiedereingliederung der Tochterunternehmen wird seit 2016 von wechselnden Senaten zugesagt, umgesetzt wurde aber bisher nichts. Dass es auch diesmal bei Worten bleiben dürfte, zeigt sich auch an der aktuellen Haltung des Senats, der bislang nicht bereit ist die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Die Beschäftigten bleiben standhaft

Über 40 Tage hält der Streik bereits an und er werde so lange weitergehen, bis eine hundertprozentige Angleichung an den TVöD erreicht ist. Diese Haltung macht deutlich, wie ernst die Lage ist. ★



Streikposten in Neukölln



ZUM DGB BUNDES- KONGRESS

©Bundesregierung/Steffen Kugler

Vom 10. bis 13. Mai traten in Berlin etwa 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften zum 23. Ordentlichen DGB-Bundeskongress zusammen. Alle vier Jahre tagt dieses sogenannte „Parlament der Arbeit“, um die Ziele und Aufgaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die kommende Periode zu bestimmen und außerdem den geschäftsführenden Bundesvorstand zu wählen.

Stärker mit uns“ lautete das Motto des diesjährigen Kongresses. Man hätte stattdessen auch „Der DGB bleibt auf Kurs“ wählen können. Der Kongress findet vor dem Hintergrund schwerer Angriffe auf die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse in diesem Land statt. Der 8-Stunden-Tag soll abgeschafft, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeschränkt, im Gesundheitssystem und bei der Pflege gekürzt werden und gleichzeitig sinken die Reallöhne, die Tarifbindung nimmt ab und die Anzahl an Gewerkschaftsmitgliedern sinkt dramatisch. Im vergangenen Jahr erreichte die Mitgliederzahl im DGB mit 5,4 Millionen ihren historischen Tiefststand. Welche Antworten wurden auf dem Kongress also auf diese drängenden Probleme formuliert?

Deutschland gegen den Rest der Welt

Neben Gewerkschaftern bot der Kongress auch der Politik in Form der Bundesregierung eine Bühne, um ihre Vorhaben darzulegen. Man muss an dieser Stelle allerdings auf die Personalunion zwischen Parteien und Gewerkschaftsspitze hinweisen. Die bisherige und mit 96 Prozent der Stimmen wiedergewählte Vorsitzende des Bundesvorstandes, Yasmin Fahimi, ist Mitglied der SPD und frühere Generalsekretärin der Partei. Neben ihr besetzen Elke Hannack (CDU), Stefan Körzell (SPD) und Anja Piel (Grüne) den geschäftsführenden Bundesvorstand.

Fahimi stellte in ihrer Rede die schwierige internationale Lage und die zunehmende Konkurrenz der Großmächte in den Vordergrund. „Die Nachwehen aus der Pandemie, Putins Angriff auf die Ukraine, Trumps Zoll-Raserei, Chinas staatlich gelenkte Eroberung der Weltmärkte, und jetzt auch noch Kriege im Nahen Osten“ seien es, was Deutschlands Wirtschaft schwäche und ihr Wachstum erstickte, aber auch das politische Klima in Deutschland vergifte: „Denn das Risiko, dass sich politische Kräfte in Europa von diesem toxischen Virus aus den USA infizieren lassen, ist real. Und es ist ungleich höher als das, was uns bisher an autoritären Gefahren aus China bedroht hat.“ Fahimi sieht in dieser Konkurrenz sogar einen „Systemwettbewerb mit einem Kapitalismus in Form organisierter politischer Kriminalität“, dem sie den deutschen Kapitalismus – die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“ – entgegen-

stellt. Böser Kapitalismus vs. guter Kapitalismus also. Dass es den Menschen in dieser „sozialen Marktwirtschaft“ immer schneller immer schlechter geht, wird nicht auf die seit Jahrzehnten sinkenden Reallöhne, die Kürzungspolitik der Bundesregierung und die rasante Entrechtung der Arbeiterklasse zurückgeführt, sondern auf „Investitionsfaulheit in vielen Unternehmen“ und „Management-Fehler in vielen Chefetagen“, welche die Modernisierung der Wirtschaft bremsen. Damit das Label „Made in Germany“ wieder etwas zähle und sich Deutschland auf dem Weltmarkt gegen die Konkurrenz durchsetzen könne, braucht es aus Fahimis Sicht neben diesen Investitionen auch einen starken Sozialstaat. Dass aber andersherum in der Realität genau dieser Sozialstaat ebenso wie Arbeitnehmerrechte zertrümmert werden, gerade um die Profite für die Unternehmen zu erhöhen und die Vermögen der Reichen unangetastet zu lassen, will Fahimi ebenso wie ihr Parteifreund Klingbeil (SPD) nicht sehen, der in seiner Rede auf dem Kongress sagte: „Weniger Sozialstaat ist mehr Wirtschaftswachstum, ist meine Analyse nicht und das wird es auch nicht werden.“ Dieser Satz ist programmatisch für die SPD, welche sich in ihrer Politik vollständig den Interessen des Kapitals untergeordnet hat und die Zerschlagung des Sozialstaats seit Jahrzehnten betreibt, sich aber gleichzeitig durch solche Lippenbekenntnisse als Partei der Arbeiter präsentieren will.

Angriffe auf Rente und 8-Stunden-Tag

Weniger harmonisch ging es bei der Rede des Bundeskanzlers zu. Merz erntete Pfiffe und Gelächter, als er über die Rentenreform der Regierung sprach. Zu Recht zeigte sich Empörung über die Ankündigungen, die gesetzliche Rente auf eine „Basisabsicherung“ zu reduzieren, die private und kapitalgedeckte Vorsorge auszubauen und diese als verpflichtend einzuführen. Davon profitieren am Ende nur die Banken und Konzerne, die einen größeren Zugriff auf die Ersparnisse der arbeitenden Bevölkerung erhalten. Insbesondere die Pfiffe und Buhrufe für Merz waren im Fokus der medialen Berichterstattung über den Kongress und es ist wichtig, dass dadurch die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Regierungsplänen einem breiten Publikum vermittelt wurden, bei dem Merz selbst völlig zurecht immer mehr an Beliebtheit verliert. Insgesamt formulierte Merz die Absichten der Regierung recht deutlich. Die geplanten Reformen sollten dazu dienen, den Sozialstaat „im Kern zu erhalten.“ Das bedeutet nichts anderes, als ihn auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Deutlichkeit nahm Arbeitsministerin Bas (SPD) in ihrer nachfolgenden Rede zum Anlass ihre Partei von der CDU abzugrenzen, indem sie sagte: „Die Unterschiede zwischen Union und uns waren selten so deutlich spürbar wie heute.“ Auch das ist typisch für die SPD. In 13 der letzten 21 Jahre haben SPD und CDU gemeinsam regiert. Trotzdem stellt sich die SPD permanent als Opposition zu der Politik dar, die sie in Wirklichkeit selbst betreibt. So auch beim Thema 8-Stunden-Tag. „Wenn es nach der SPD und mir persönlich geht, fassen wir das Thema gar nicht erst an“, sagte Bas in ihrer Rede. „Aber es steht im Koalitionsvertrag.“ Damit stellt Bas es praktisch so dar, als wäre die SPD nicht bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages beteiligt gewesen. Mit dieser Rhetorik lässt sich der schwerste Angriff auf die Rechte der Arbeiter der letzten Jahrzehnte leicht dem vermeintlich ganz anderen Koalitionspartner in die Schuhe schieben. Ehrlicherweise hätte sie sagen müssen: „Damit wir mitregieren können, haben wir dieser Forderung der Union zugestimmt.“

Auf die Basis kommt es an

Es ist darum wichtig, gegen die Pläne der Regierung zur Zerschlagung des Sozialstaats und der Rente, die teils bereits in Umsetzung sind, einen gewerkschaftlichen Widerstand zu leisten. Und Fahimi stellt sich in ihrer Rede auch klar gegen die Privatisierung der Rente und die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Auch andere wichtige Themen wie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum oder die Einsparungen im Gesundheitssystem werden in diesem Zusammenhang angesprochen. Der sich dadurch verschlechternden Lage der Arbeiterklasse wird richtigerweise die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger Superreicher entgegengesetzt, denn dort ist schließlich das Geld zu holen, mit dem sich all diese Dinge finanzieren ließen. Aber eine Rede reicht nicht, um den Widerstand gegen Sozialabbau zu führen. Die Gewerkschaften müssen dafür in Aktion kommen, beispielsweise durch das Bündnis „20 Millionen für den Sozialstaat“, dessen Teil der DGB zusammen mit 13 weiteren Organisationen ist und das seit seiner Gründung im März bisher kaum in Erscheinung getreten ist. Es kommt auf die Initiative der Basis der Gewerkschaften an, diese Kämpfe aufzunehmen und in die gewerkschaftlichen Strukturen, in die Betriebe und auf die Straße zu tragen.

Ein Beispiel für so eine Initiative aus der Basis war beim Bundeskongress von Seiten der DGB-Jugend zu sehen. Ihre Vertreter betraten die Bühne in T-Shirts mit der Aufschrift „Ausbildungsplätze statt Kriegeinsätze“. Das Statement zeigt den zunehmenden Widerstand der Gewerkschaftsjugend gegen die Militarisierung und Kriegsvorbereitung in Deutschland. Unterstrichen wird dies durch die Annahme des Antrags *Nein zur Wehrpflicht*, eingebracht durch

„Uns eint als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter [...] der unbedingte Wille, als Teil einer starken und breit aufgestellten Friedensbewegung einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten.“

den DGB-Bundesjugendausschuss, auf der Konferenz. Neben diesem wurde sich im Initiativantrag *Friedensfähig statt kriegstüchtig – unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten* zum Einsatz der Gewerkschaften für den Frieden bekannt: „Uns eint als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter [...] der unbedingte Wille, als Teil einer starken und breit aufgestellten Friedensbewegung einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten.“ Auf dieses Be-

kenntnis zur vielfach diffamierten Friedensbewegung kann man sich in einer Diskussion in den gewerkschaftlichen Gremien um die Teilnahme an dieser oder jener friedenspolitischen Aktion gut berufen. Denn dass eine Diskussion um die Haltung der Gewerkschaften zu Krieg und Militarisierung innerhalb der Gewerkschaften nicht abgeschlossen ist, zeigt der Antrag an anderen Stellen. Er weist bekannte Mängel des DGB in dieser Frage auf, die sich beispielsweise schon beim Aufruf des DGB zum Ostermarsch 2026 zeigten (vgl. Arbeit Zukunft 4/2026: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“). Vor allem wird die Aufrüstung Deutschlands nicht ausreichend angegriffen, weil die Rolle Deutschlands als Imperialist und dessen Kriegstreiberei unerwähnt bleiben.

Der DGB-Bundeskongress fördert zwei wesentliche Ergebnisse zu Tage. Zum einen hält die DGB-Führung an der Betonung der „sozialen Marktwirtschaft“ und der Sozialpartnerschaft, das heißt, an der Vereinbarkeit der Interessen von Kapital und Arbeit, fest. Zum anderen zeigt der Kongress, dass der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse – insbesondere auch und ausdrücklich gegen die zunehmende Militarisierung – die Hauptaufmerksamkeit aller Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verlangt. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, dass allen voran die fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften dafür sorgen, dass den Apellen und Beschlüssen des Kongresses in dieser Sache auch Taten folgen und das bedeutet eben auch, unsere Kritik an den Positionen der Gewerkschaftsführung dabei zu diskutieren. ★

Der Stand der Reallöhne und die Tarifrunden



Ein genauerer Blick auf die Inflationsrate zeigt: Die Kaufkraft der Arbeiterklasse sinkt jedes Jahr stark. Das muss auch in den anstehenden Tarifrunden klar und deutlich angesprochen werden.

Jedes Jahr stehen Tarifverhandlungen für Millionen von Beschäftigten auf der Tagesordnung. Im Jahr 2026 werden die Löhne von insgesamt 10 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern neu verhandelt. Während die Tarifrunden in den Branchen Chemie, Energie, Holzverarbeitung, Textil und im öffentlichen Dienst der Länder bereits abgeschlossen sind, laufen die Verhandlungen in anderen Bereichen wie Einzelhandel und Großhandel weiter bzw. stehen, wie bei Metall- und Elektroindustrie, Reinigung und Stahlindustrie, noch bevor.

Eingefrorene Löhne, steigende Inflation

Ein Blick auf die bisher abgeschlossenen Tarifverträge zeigt, dass fünf, sechs, sieben und sogar zehn sogenannte „Nullmonate“ sowie langfristige Verträge (zwischen 18 und 27 Monaten Laufzeit) auffallen. Diese „Nullmonate“, in denen die Löhne faktisch eingefroren bleiben, bedeuten in der Praxis, dass sich der Verlust der Reallöhne direkt auf die Geldbeutel der Beschäftigten auswirkt: Während die Tarifparteien die Löhne einfrieren, bleibt die Inflation nicht stehen. Derzeit liegt die Inflationsrate bei etwa 2,9 Prozent.

Im Chemiesektor, wo die ersten zehn Monate eines neuen Tarifvertrags als „Nullmonate“ gelten, wird die erste Lohnerhöhung erst am 1. Januar 2027 mit 2,1 Prozent und die zweite am 1. Januar 2028 mit 2,4 Prozent wirksam. Die Chemiegewerkschaft IG BCE erklärte bei der Unterzeichnung des Tarifvertrags, dass sie „bis an die Schmerzgrenze“ gegangen sei.

Auch in der vorherigen Tarifrunde war die Situation nicht anders. Damals führten die in verschiedenen Branchen abgeschlossenen Verträge ebenfalls zu einem Rückgang der Reallöhne. Dennoch zeichnete die Berichterstattung in der Öffentlichkeit ein ganz anderes Bild: „Die Reallöhne der Deutschen sind im vergangenen Jahr erneut gestiegen: Im Vergleich zu 2024 um 1,9 Prozent, was das zweite Jahr in Folge einen Anstieg bedeutet“ (tagesschau, 27.02.2026: „Deutsche Reallöhne erneut spürbar gestiegen“).

Ein Blick auf den Tarifvertrag im Chemiesektor zeigt jedoch, dass dieser von Anfang an einen Reallohnverlust über 27 Monate bedeutet. Trotzdem wurde in den Medien berichtet, dass die Löhne in der Chemiebranche um „rund 4,5 Prozent“ gestiegen seien.

Oliver Heinrich, Vorstandsmitglied der IG BCE, äußerte sich vorsichtiger: „Job-Angst und Kaufkraftverlust prägen derzeit das Arbeitsleben vieler Beschäftigter in Chemie und Pharma – dem wollten wir in dieser Tarifrunde gerecht werden. Das war wirklich ein schwerer Kampf. Am Ende haben wir in beiden Forderungspunkten Bewegung erreicht.“ (IG BCE: „Bis zur Schmerzgrenze“)

Inflationsrate genauer betrachtet

In den vergangenen Jahren gab es einen außergewöhnlichen Kaufkraftverlust. Die Inflationsraten betrugen 3,1 Prozent im Jahr 2021, 6,9 Prozent im Jahr 2022, 5,9 Prozent im Jahr 2023, 2,2 Prozent im Jahr 2024 und erneut 2,2 Prozent im Jahr 2025; aktuell liegt sie bei 2,9 Prozent. Es ist wichtig zu erwähnen, dass das Statistische Bundesamt (DESTATIS) im Februar 2023 beschlossen hat, die Gewichtung des Warenkorb zu überarbeiten und rückwirkend alle Daten zu aktualisieren. Beispielsweise wurden die Inflationsraten für die Jahre 2022 und 2023 nach der alten Berechnungsmethode mit rund 7,9 bzw. 6,9 Prozent angegeben.

Eine der bedeutendsten Änderungen im Warenkorb betraf laut DESTATIS die sogenannte Kategorie 04, also Wohnen, Wasser, Gas, Brennstoffe. Während der Anteil dieser Kategorie im Warenkorb, der auf das Basisjahr 2015 zurückgeht, 32,5 Prozent betrug, sank er im Basisjahr 2020 auf 25,9 Prozent. In einer Zeit, in der Mieten und Nebenkosten kontinuierlich steigen und auch die Energiepreise zunehmen, scheint es offensichtlich, dass die Reduzierung dieses Anteils um 6,6 Prozent darauf abzielt, die Inflation insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen zu verschleiern.

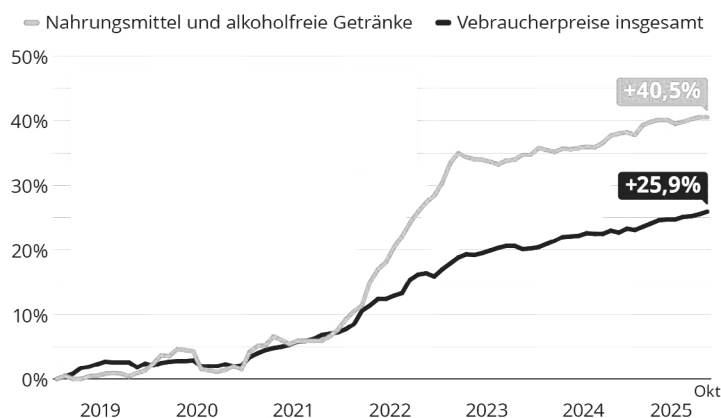
Dabei sollte die Neugewichtung des Warenkorb, die alle fünf Jahre

durchgeführt wird, die aktuellen Konsumgewohnheiten in die Inflationsberechnung einfließen lassen, um ein realistisches Ergebnis zu erzielen.

Darüber hinaus wirkt sich die Inflationsrate auf Haushalte von Arbeitern unterschiedlich aus. Eine Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) des DGB zeigt, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen besonders stark von der Inflation betroffen sind. Da diese einen Großteil ihres Einkommens für Wohnen, Energie, Treibstoff und Lebensmittel ausgeben, sind sie strukturell stärker von der Inflation betroffen.

Ein Blick auf die auf dieser Seite veröffentlichte Grafik verdeutlicht diese Tatsache: Während die allgemeine Inflation zwischen 2019 und 2025 um 25,9 Prozent gestiegen ist, sind die Lebensmittelpreise im gleichen Zeitraum um über 40 Prozent gestiegen. Betrachtet man hingegen die Löhne, so zeigt sich, dass die Reallöhne im gleichen Zeitraum um etwa 1,3 Prozent gesunken sind. Berücksichtigt man die Ungleichgewichte im Warenkorb und die Auswirkungen der Inflation auf Haushalte mit niedrigem Einkommen, wird deutlich, dass die Kaufkraft der Arbeiter in den letzten Jahren erheblich gesunken ist – nur ist dies nirgends festgehalten!

Entwicklung der Lebensmittelpreise vs. allgemeine Verbraucherpreise



Einmalzahlungen – eine Lösung?

Während die Arbeiterklasse in Tarifverhandlungen für eine dauerhafte Erhöhung ihrer Löhne kämpft, kämpft die Kapitaleseite für eine Senkung der Löhne. Natürlich würde kein Kapitalvertreter offen zugeben, dass er mit dem Ziel verhandelt, die Löhne zu senken. Doch das monatelange Einfrieren der Löhne und anschließende Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate bedeuten faktisch eine Senkung der Reallöhne.

Wenn kämpferische Arbeiter und Vertrauensleute diese Situation feststellen und das Ergebnis anfechten, wird ihnen von Gewerkschaftsbürokraten und Arbeitgebervertretern oft entgegnet: „Aber ihr berücksichtigt die Einmalzahlungen nicht. Wenn ihr diese einbezieht, werdet ihr sehen, dass der Einwand unbegründet ist.“

Zunächst einmal ist festzustellen, dass „Einmalzahlungen“ nicht dauerhaft in die Löhne einfließen, keine Auswirkungen auf Überstundenvergütungen oder Urlaubsgeld haben und auch nicht in die Sozialversicherungsbeiträge einfließen. Sie gleichen einem Strohfeder; das kurz aufflammt und dann erlischt!

Obwohl die Einmalzahlungen bei der Präsentation der Tarifergebnisse oft in den Vordergrund gestellt werden, wird ein Aspekt verschwiegen: Zum Beispiel, dass die Zahlung dieser Beträge von der finanziellen Lage des Unternehmens abhängt und möglicherweise verschoben oder gar nicht geleistet wird. Darüber hinaus hat ver.di in der letzten Tarifrunde z.B. durchgesetzt, dass diese Einmalzahlungen nur an Gewerkschaftsmitglieder ausgezahlt werden. Tarifverhandlungen, die eigentlich dazu dienen, die Arbeiter zu einen und die

Lohnverhandlungen kollektiv zu führen, werden so ebenfalls ihrer Funktion beraubt.

Einmalzahlungen machen nur dann Sinn, wenn zuvor ein realer Lohnzuwachs erzielt wurde und sie als Bonus betrachtet werden können. In der derzeitigen Form können sie jedoch nicht einmal „ein Tropfen auf den heißen Stein“ sein.

Vorbereitung auf die kommende Tarifrunde

Die laufenden und in der zweiten Jahreshälfte 2026 anstehenden Tarifverhandlungen finden ebenfalls im Schatten wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen statt. Zwischen 2019 und 2025 sind die Reallöhne in Industrie- und Dienstleistungsbranchen gesunken, und dieser Trend hat sich auch in den 2026 abgeschlossenen Verträgen fortgesetzt.

Insbesondere in Niedriglohnbereichen (z. B. Reinigung, Gastronomie) und bei Kolleginnen und Kollegen, die nicht tarifgebunden sind, hat sich die finanzielle Situation erheblich verschlechtert. Je besser die in Branchen wie Chemie, Metall-Elektro (M&E), Stahl und Energie abgeschlossenen Tarifverträge ausfallen, desto besser wirken sie sich auch auf alle anderen Branchen aus. Auch in den Branchen, in denen knapp über den Mindestlohn gezahlt wird und die gewerkschaftlich schwach organisiert sind, wirken sich die zuvor genannten Tarifabschlüsse positiv auf die Lohnverhandlungen aus. Daher sollten in den kommenden Tarifverhandlungen folgende Themen in den Forderungen eine wichtige Rolle spielen:

- Angesichts des hohen Potentials weiterer Steigerungen in den Lebenshaltungskosten, insbesondere bei Lebensmitteln und Energie, sollte in den Tarifverhandlungen 2026 im Bereich M&E ein Lohnzuwachs gefordert werden, der die Verluste der vergangenen Jahre ausgleicht und mindestens 4–5 Prozent realer Lohnerhöhung entspricht.
- Um die Beschäftigten in Niedriglohnbereichen zu berücksichtigen und die Lohnunterschiede zwischen den Arbeitnehmern nicht weiter zu vergrößern, sollte statt einer prozentualen Erhöhung eine feste Lohnerhöhung (= Festgeldforderung) von beispielsweise 300 Euro pro Monat gefordert werden.
- Um schneller auf wirtschaftliche Entwicklungen und Inflationsbewegungen reagieren zu können, sollte auf eine maximale Laufzeit der Tarifverträge von 12 Monaten bestanden werden.
- Die Ausbildungsvergütungen und Löhne von Auszubildenden und jungen Beschäftigten sollten auf ein Niveau angehoben werden, das ein vom Staat und der Familie unabhängiges Leben ermöglicht. Zudem sollten Auszubildende nach Abschluss ihrer Ausbildung unbefristet übernommen werden.

Diskussionen an der Basis starten

Ein erfolgreicher Tarifabschluss beginnt mit einer guten Vorbereitung. Damit die oben vorgeschlagenen Forderungen in den Tarifkommissionen beschlossen werden können, müssen sie zunächst unter den Beschäftigten diskutiert und beschlossen werden. In allen Branchen, in denen Tarifverhandlungen bis Ende des Jahres anstehen, sollten diese Diskussionen jetzt beginnen, in den Betriebs- und Vertrauensleutetreffen beschlossen und über soziale Medien an die breite Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Ein solcher Ansatz kann nicht nur positive Auswirkungen auf Betriebe und Unternehmen haben, in denen Diskussionen noch nicht begonnen haben, sondern auch erheblichen Druck auf die Gewerkschaftsführungen ausüben.

Nur auf diesem Weg können Gewerkschaften dazu gezwungen werden, ihre grundlegende Aufgabe zu erfüllen: die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu schützen und zu verbessern. Dies ist nicht nur notwendig, um die Reallöhne zu erhöhen, sondern auch, um die sozialen Angriffe des Kapitals und seiner Regierung zurückzudrängen. ★

Was passiert, wenn ein Arbeiter stirbt?

Ich glaube, wir erinnern uns alle an den kalten Winter dieses Jahres. Im Januar hat es im Norden so stark geschneit wie lange nicht mehr. Zwischen vereisten Straßen, fehlendem Streusalz und dem normalen Stress einer Großstadt lief der Alltag trotzdem weiter. Fast überall in den sozialen Medien dieselben Hinweise: Richtig Schnee schippen, Pausen machen und Überanstrengung vermeiden. Besonders in der Kälte steige das Risiko für Herzinfarkte.

Ich merkte, wie ich bei jedem neuen Beitrag an meinen Vater denken musste. Er arbeitete in der Gebäudereinigung und verbrachte fast die gesamte erste Januarhälfte damit, Schnee zu schippen. Ich musste mich davon abhalten, ihn anzurufen. Nicht, weil ich mir keine Sorgen machte, sondern weil ich wusste, dass meine Fragen nichts ändern würden. Ich wollte ihn nicht auch noch in Panik versetzen. Ob er die richtige Technik benutzte, ob er genug Pausen machte oder das richtige Equipment hatte, all das spielt keine Rolle, wenn jemand trotzdem gezwungen ist, weiterzuarbeiten.

Mitte Januar klingelte nachts mein Telefon. Meine Mutter weinte. Sie sagte, meinem Vater gehe es nicht gut. Die Sanitäter seien da und würden ihn wahrscheinlich ins Krankenhaus bringen.

Ich machte mich mit meiner Mitbewohnerin auf den Weg und suchte ein Mietauto. Währenddessen versuchte ich meine Schwester zu beruhigen. Ich sagte ihr, dass wir wahrscheinlich nur eine Nacht im Krankenhaus verbringen würden. Meine Mutter rief ich in dieser Zeit nicht zurück. Sie sollte sich keine Sorgen machen müssen, dass ihre Tochter nachts durch die Stadt irrt. Erst als wir im Auto saßen, rief ich wieder an.

Kaum ging meine Mutter ran, hörte ich ihr Schreien.

Mein Vater hatte es nicht geschafft.

Ich habe noch nie in meinem Leben so eine Wut gespürt. Noch bevor ich überhaupt in der Wohnung angekommen war, wusste ich, dass ich diesen Tod nicht als plötzliches Schicksal betrachten konnte. Ich wusste, dass die Arbeitsbedingungen meines Vaters etwas mit seinem Tod zu tun hatten. In meinem Kopf tauchten wieder diese Instagram-Posts auf. Videos mit fröhlicher Musik, in denen den Kollegen der Stadtreinigung für ihre harte Arbeit gedankt wird.

Doch Anerkennung allein schützt niemanden vor Ausbeutung.

Als ich in der Wohnung ankam, standen dort zwei Polizisten. Sie begrüßten mich in der Wohnung, in der ich aufgewachsen bin und die unser Vermieter nun verkaufen will. Derselbe Vermieter, der uns zunächst eine Trauerkarte schickte und kurze Zeit später eine rechtswidrige Mieterhöhung forderte.

Meine Mutter und Schwester standen unter Schock. Das Kriseninterventionsteam hingegen blieb nur so lange, bis der Leichnam meines Vaters abgeholt wurde. Auf einem Flyer der Polizei stand ein schwer lesbares Aktenzeichen. Darüber sollten wir uns später über die Autopsie und die Freigabe des Leichnams informieren.

Ein paar Tage später empfahl die Kriminalpolizei eine Obduktion. Drei Stunden vor seinem Tod hatte meine Mutter bereits einen Notarzt gerufen. Mein Vater hatte klassische Symptome eines Herzinfarkts. Doch der Arzt schickte ihn nicht ins Krankenhaus. Stattdessen gab er ihm eine Schmerztablette, scherzte darüber, dass auch er Muskelkater vom Schnee schippen habe, und ging in den Feierabend.

Hätte meine Mutter den Notarzt nicht gerufen, wäre sie beim plötzlichen Tod ihres Mannes zunächst die Hauptverdächtige gewesen. Das Gesetz denkt also als erstes an die Personen im Haushalt und als zweites an den Notarzt. Aber an welcher Stelle wird denn an die Arbeitsbedingungen gedacht? Niemand fragte, warum ein Mann mit 61 Jahren trotz körperlicher Erschöpfung täglich Schnee schippen musste. Niemand fragte nach Doppelschichten, Überstunden oder körperlicher Belastung. Der Arbeitgeber spielte in dieser Geschichte keine Rolle, schließlich handelte es sich nicht um einen klassischen Unfall auf der Arbeit mit Todesfolge.

Seit ich denken kann, arbeitete mein Vater in mehreren Jobs gleichzeitig. Sein Hauptjob war Vollzeit in der Gebäudereinigung. Dazu kamen Nebenjobs, ebenfalls in der Reinigung. Krankmeldungen konnte er sich nicht leisten. Nicht finanziell, aber vor allem nicht aus Angst ersetzt zu werden. Seit mehreren Jahren arbeitete er an demselben Objekt. In der Gebäudereinigung ist das ungewöhnlich. Viele Beschäftigte fahren täglich von Ort zu Ort, stehen unter enormem Zeitdruck und arbeiten unter noch prekären Bedingungen. Für meinen Vater war dieser Standort das kleinere Übel. Und genau diese Angst wurde gefüttert und gegen ihn verwendet.

Jedes Jahr begann im Herbst dieselbe Drohung. Vielleicht verliere die Firma den Standort. Vielleicht wolle der Eigentümer lieber eine Firma, die „alles aus einer Hand“ anbietet: Reinigung, Gartenarbeit, Hausmeistertätigkeiten. Also arbeitete mein Vater noch mehr. Er übernahm Aufgaben, die nicht zu seinem eigentlichen Job gehörten. Er machte Überstunden. Er sagte selten nein. Nicht, weil er blind gehorsam war, sondern weil er Angst hatte. In Deutschland arbeiten rund 600.000 Menschen in der Gebäudereinigung. 60% der Beschäftigten haben einen Migrationshintergrund. Viele erleben täglich, wie austauschbar ihre Arbeit behandelt wird. Wer krank wird, wer sich beschwert oder seine Rechte einfordert, gilt schnell als schwierig und kann ersetzt werden.

Nach der Beerdigung ging es also weiter.

Die Rechnung für den Krankenwagen lag im Briefkasten, obwohl er zuhause gestorben war. Nachdem wir die Rechnung bei der Krankenkasse eingereicht hatten, kam die letzte Lohnabrechnung meines Vaters. Die Winterdienste fehlten und sein Samstagsdienst ebenso. Also gingen wir zu seiner Gewerkschaft. Dort wurde uns erklärt, dass wir nachweisen müssten, dass mein Vater diese Stunden tatsächlich gearbeitet hatte. Wir waren also plötzlich in der Beweisspflicht.

Wie beweist man die Arbeitszeit eines Toten?

Ich begann also seine Unterlagen zu durchsuchen. An der Wand seines Pausenraums/Umkleide, ein abgesperrter Bereich im Keller unter einer Treppe, hängt ein Kalender. Dort hatte mein Vater jedes Mal ein „K“ eingetragen, wenn er den Winterdienst machen musste. K für „Kar“, das heißt Schnee auf türkisch. In der Woche vor seinem Tod stand beinahe jeden Tag zweimal ein „K“ im Kalender. Später erfuhr ich, dass er teilweise bis zu acht Stunden Schnee geschippt hatte, bevor er noch zu seinem Nebenjob fuhr.

Mit jedem Dokument verstand ich mehr über die Bedingungen, unter denen mein Vater gearbeitet hatte. Ich sprach mit Kollegen, ehemaligen Mitarbeitern und Arbeitern anderer Firmen, die täglich am gleichen Objekt arbeiteten. Viele reagierten resigniert. „Das bringt doch nichts“, sagten sie. „Das Geld bekommt ihr nicht zurück.“. Aber es ging nicht ums Geld. Es ging um Gerechtigkeit für ihn und andere Arbeiter unter den gleichen Bedingungen.

Also machte ich mich an den Ordner mit allen arbeitsbezogenen Unterlagen meines Vaters. Darin lagen Stundenzettel, eine Abmahnung und alte Gerichtsunterlagen. Ich fand Dokumente über nicht ausgezahlte Stunden für Winterdienste aus früheren Jahren. Ich fand Schriftverkehr über wenige Cent Lohnerhöhung, die meinem Vater zustanden, aber nie gezahlt wurden. Und ich fand eine Abmahnung. Darin stand, mein Vater habe sich während einer „unerlaubten Frühstückspause“ bedrohlich vor seinem Vorarbeiter aufgebaut. Er habe ihn angeschrien und gesagt, man solle ihn „wie einen Menschen behandeln“. Ich denke nichts hat mich je so sehr verletzt wie diesen Satz zu lesen. Später fand ich auch die Unterlagen zum Einspruch gegen diese Abmahnung. Am Ende ging es um einen Kaffee, den mein Vater zwischen zwei Objekten getrunken hatte. Es stellte sich heraus, der angebliche Zeuge habe gelogen. Zwischen den Dokumenten lag die Sterbeurkunde meiner Großmutter, die er einreichen musste, um einen einzigen freien Tag zu bekommen. Je mehr ich las, desto klarer wurde mir, dass der Tod meines Vaters kein isolierter Vorfall war. Nicht ein tragisches Einzelereignis. Sondern das Ergebnis jahrelanger Arbeitsbedingungen, die Menschen erschöpfen, ausbeuten und unter Druck setzen.

Die WHO schätzt, dass jedes Jahr rund 1,9 Millionen Menschen weltweit an den Folgen schlechter Arbeitsbedingungen sterben. Besonders lange Arbeitszeiten erhöhen das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen erheblich. Dennoch gelten Arbeitsbedingungen selten als Todesursache. Wenn Arbeiter sterben, spricht man über persönliche Gesundheit, über Alter, über Lebensstil. Aber nur selten über die Unternehmen, politische Entscheidungen und Verantwortung oder ein System, das Menschen dazu zwingt, über ihre körperlichen Grenzen hinauszuarbeiten.

Ich denke oft an die letzte Woche meines Vaters zurück. An die zwei „K“ pro Tag im Kalender. An die Angst, ersetzbar zu sein. An den Satz aus der Abmahnung:

„Behandeln Sie mich wie einen Menschen.“

Und viele Menschen um mich herum fragen zurecht:

Wie kann es sein, dass Menschen nach Jahrzehnten körperlicher Arbeit sterben und ihre Familien danach Arbeitsstunden beweisen müssen?

Wie kann es sein, dass man nach einem Todesfall Rechnungen für Krankenwagen erhält?

Wie kann es sein, dass Menschen an ihren Arbeitsbedingungen sterben und trotzdem niemand verantwortlich zu sein scheint?

Doch wir bleiben nicht nur mit offenen Fragen zurück. Der Tod meines Vaters war kein Einzelfall. Und was auch passiert, wenn ein Arbeiter stirbt: Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen wird umso entschlossener weitergeführt, für ihn und für alle seine Kollegen. ★



„Ausländer“ „Asylanten“ „Illegale“

Das AfD-Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt und worüber nicht gesprochen wird

Im September finden Wahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt statt. Die AfD bringt sich in Stellung, in den letzten beiden Bundesländern könnte sie stärkste Kraft werden. Mit über 250 Punkten verabschiedete die Partei im April ihr Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt, das sie schon als *Regierungsprogramm* bezeichnet. Allein 43 Punkte davon stehen im Kapitel *Remigration* und stellen damit den Schwerpunkt dar.

(direkte Zitate aus dem Wahlprogramm sind kursiv gesetzt)

Aber mit diesen 43 Punkten gegen *Asylanten* ist es nicht getan. In praktisch allen anderen Kapiteln tauchen weitere Punkte auf, die sich gegen die Sündenböcke *Ausländer* richten. So wird schon in Kapitel 1 eine *#deutschdenken-Imagekampagne* mit dem ‚Stolz-Pass‘ gefordert. Auch bei dem Kapitel *Kultur und Integration* sind *Einwanderungspolitik* und das *Sterben unseres Volkes* wichtige Themen. Beim Kapitel *Schulpolitik* tauchen auch wieder die *Ausländer*; zumeist *Asylanten* oder *Illegale* genannt, als die Schuldigen auf. Wegen ihnen ist der Unterricht so schlecht. Das gilt auch für die Wissenschaft, wo man ausländische Wissenschaftler loswerden will. Bei der *Inneren Sicherheit* tauchen neben den *Ausländern* dann auch noch die *Linksradikalen* auf. Eigentlich gibt es kaum einen Punkt, bei dem die *Ausländer* nicht an allem schuld sind. So nimmt das Thema *Ausländer*, *Asylanten*, *Illegale* faktisch mindestens ein Drittel bis die Hälfte des Programms der AfD für Sachsen-Anhalt ein.

Viele Versprechungen

Die AfD hat bei den anderen bürgerlichen Parteien gut gelernt. Das Wahlprogramm ist voller Versprechungen: Mit der AfD wird alles besser und Geld gibt es wie Heu. So soll es für die ersten beiden Kinder 2.000 € und jedes weitere Kind 4.000 € *Baby-Begrüßungsgeld* für deutsche Kinder geben. Sie verspricht: ...*Krippen und Kindergärten... ab dem ersten Kind kostenlos... Kita- und Schulleben... kostenfrei und von hoher Qualität*. Woher das Geld angesichts leerer Kassen kommen soll? Dazu schweigt die AfD vornehm. Und dazu soll viel Geld in die Überwachung, Kasernierung von *Asylanten* und die dazu gehörige Bürokratie fließen. Für das Quälen und Schikanieren von Menschen schmeißt man das Geld zum Fenster raus. So sollen z.B. *alle zur Verfügung stehenden medizinischen Mittel (u.a. Zahnuntersuchung, Röntgen der Handwurzel und des Schlüsselbeins) nutzen, um das wahre Alter angeblicher UMA festzustellen*. (UMA: unbegleitete minderjährige Ausländer)

Sie kündigt eine *Technisierungs-, Digitalisierungs- und KI-Strategie* für Sachsen-Anhalt an. Da wird sie ihre Freunde wie Elon Musk und Co. mit viel Geld füttern.

Deutsch denken?

Unter dem Titel *Deutsch denken!* kündigt die AfD unter anderem *neue patriotische Tourismuskonzepte* an. Ob das zu Tourismusströmen führt? Im Zusammenhang mit der Raubkunst aus der NS-Zeit beklagen sie die *künstliche Aufrechterhaltung eines Schuldgefühls, das wir endlich ablegen sollten*. Ebenso fordern sie: *Gefallene Soldaten haben ihr Leben für die Verteidigung ihres Landes gegeben. Es ist ein erstes Zeichen der patriotischen Wende, dass wir dieses große Opfer anerkennen und ehren*.

Modernes Bauen wie z.B. im Bauhaus-Stil wollen sie bekämpfen: *Wir orientieren uns damit an... Donald Trump...* Das ist wohl *patriotisch und sehr deutsch*? In der Kunst bekämpfen sie *International(istisch)es* und wollen, dass diese *einen Beitrag zu deutscher Identitätsfindung leistet*.

Zum *Deutsch denken* gehört auch das Prinzip *spalte und herrsche* sowie *verbiete*. Daher will die AfD *Gendersprache im gesamten amtlichen Sprachgebrauch* untersagen. Auch an Schulen. Selbst Worte wie *‘Studierende’* statt *‘Studenten’* sollen verboten werden. In der Präambel ihres Programms stellen sie sich gegen *...Gängelung der Bürger durch überbordende Bürokratie...* Doch im Bereich der Kultur wollen sie massiv eingreifen und gängeln.

Im Rahmen der von der AfD lautstark angeprangerten *Verbotskultur* wollen sie Eingebürgerte zu einer Erklärung zwingen, *...keine ausländischen Konflikte aktiv (zu) unterstützen. Dies gilt insbesondere für Konflikte meines ehemaligen Heimatlandes*. Das heißt, Eingebürgerte müssen zwangsweise auf ihr grundgesetzliches Recht der freien Meinungsäußerung und politischen Betätigung verzichten. Das ist Verbotskultur nach dem Geschmack der AfD! Deutsche, vor

allem die AfD, dürfen jederzeit zu Konflikten in aller Welt Stellung nehmen und Diktaturen freundschaftlich unterstützen. Eingebürgerte werden zu Bürgern zweiter Klasse!

Negativ findet die AfD: *Die Schule soll Einwanderer integrieren, soziale Nachteile aller Art beheben und den Schaden einer schlechten Familie ausgleichen.* Das wollen sie abschaffen und unnötige Sozialarbeiter entlassen. Klagt die AfD zu Anfang demagogisch über das schlechte Schulsystem, das dazu führt, dass junge Menschen mangelhaft Lesen, Schreiben und Rechnen können, will sie gerade Maßnahmen zur Behebung sozialer Nachteile oder Ausgleichsmaßnahmen bei Familien mit Defiziten abschaffen. Letztlich sollen so Kinder aus wohlhabenden Familien bevorzugt und aus armen Familien noch stärker benachteiligt werden. *Weder soziale und psychologische Betreuung noch Integration und Inklusion seien Aufgabe der Schule.*

Fordert sie zuvor noch eine *Technisierungs-, Digitalisierungs- und KI-Strategie für Sachsen-Anhalt*, so bezeichnet sie kurz danach, den Umgang mit digitalen Medien *(als) eine Ursache für den Bildungsverfall*. Sie drehen sich opportunistisch nach dem Wind. Das alles nennen sie optimale Förderung und bestmögliche Bildung für alle!

Wozu wird nichts gesagt?

Manchmal ist es entlarvender, auf das zu schauen, was nicht gesagt wird. Davon gibt es im AfD-Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt viel. Selbstverständlich wird nicht über Kapitalismus und Ausbeutung gesprochen. Ausbeutung gibt es für die AfD nur durch Asylanten. Dass das Kapital alle Arbeiter und Angestellten, egal ob Deutsch oder Ausländer, ausbeutet, um seinen Reichtum zu vermehren, dazu schweigt man. Stattdessen beschwört man das Wir, die nationale Einheit, also die Einheit von Arbeiterklasse mit dem Kapital.

Wenn sich die AfD zum Thema Krieg äußert, dann sagt sie nichts über Imperialismus. Dabei wird zunehmend sichtbar, dass zwischen den Großmächten USA und China sowie Russland und EU mit Deutschland ein gnadenloser Kampf um Märkte und Rohstoffe geführt wird. Die schon jetzt zunehmenden Kriege wie in der Ukraine, Iran-Palästina-Israel-USA werden nicht geführt, weil Putin oder Trump spinnen oder Xi aus China so raffiniert ist. Es geht hier gnadenlos um Machtinteressen. Merkwürdigerweise hat die AfD nichts davon mitbekommen. Auch bei den brutalen Kürzungen im Gesundheitsbereich, bei der Rente, der Bildung usw. ist die AfD blind für die Interessen des Kapitals, mehr Staatsgelder in seine Taschen zu leiten. Die AfD kennt als Sündenböcke nur *Asylanten, Asylanten und nochmal Asylanten*. Es ist so offensichtlich, dass hier von der brutalen Realität des Kapitalismus durch lautes Geschrei gegen *Asylanten abgelenkt werden soll*. Die AfD zeigt damit deutlich, dass sie nicht auf der Seite der arbeitenden Menschen oder der *kleinen Leute* steht, wie sie sagt.

Es ist unmöglich, alle 250 Punkte des Wahlprogramms hier im Detail darzulegen und zu widerlegen. Dann bräuchten wir ein Buch. Doch die aufgezeigten wesentlichen Punkte ziehen sich durch das gesamte Programm: Leere Versprechungen in Hülle und Fülle, Spaltung und Hetze, Schweigen zu Kapitalismus, Imperialismus und den Ursachen der Kriege. Insgesamt ist es ein Programm zur Ablenkung vom Kapitalismus. Die unten sollen sich untereinander um die Krümmel vom Tisch der herrschenden Klasse prügeln. ★

Die AfD kennt als Sündenböcke nur Asylanten, Asylanten und nochmal Asylanten. Es ist offensichtlich, dass hier von der brutalen Realität des Kapitalismus durch lautes Geschrei gegen Asylanten abgelenkt werden soll.

Profiteure des Krieges

So titelt das Handelsblatt vom 19.5.26 einen Beitrag zu den Auswirkungen des Iran-Krieges. Während der Krieg, vor allem die Sperrung der Straße von Hormus, vor allem Produzenten im Nahen und Fernen Osten unter Druck bringt, teilweise die Produktion sinkt oder eingestellt werden muss, profitieren laut Handelsblatt Konzerne in den USA und Europa vom Krieg.

Besonders krass ist das bei den Ölkonzernen, die sich als Kriegsgewinnler die Hände reiben. So hat z.B. BP seinen Nettogewinn im ersten Quartal 2026 im Vergleich zum Vorjahr um 129% auf 3,2 Milliarden Dollar steigern können. Auch andere Ölkonzerne wie Total Energies (+29%) oder Shell (+24%) profitieren vom Krieg. Der saudische Konzern Aramco hat seinen Gewinn ebenfalls um 26% gesteigert, da er einen Großteil seines Öls über eine Pipeline ans Rote Meer transportiert. Die Knappheit des Öls und Erdgases ist zwar teuer für die Verbraucher, aber super für die Konzerne. In manchen Ländern können sich Menschen kaum noch Gas zum Kochen leisten. Strom ist in vielen Regionen im Preis enorm gestiegen. Die Verarmung schreitet voran, während die Großkonzerne Kasse machen.

Auch verschiedene Rohstoffhändler sind Kriegsgewinnler. Besonders gut war der Krieg mit dem Iran für die kriselnde europäische Chemieindustrie, insbesondere die deutsche. Denn die asiatischen Firmen in China, Japan und anderen Ländern haben Schwierigkeiten, Rohstoffe für die Produktion zu bekommen und zudem steigen die Preise dafür gewaltig. Von 17 Chemiekonzernen im Stoxx-Aktienindex übertrafen daher 12 die Erwartungen der Analysten.

Besonders vorteilhaft ist der Iran-Krieg für US-amerikanische Chemieunternehmen wie DOW, der zu Anfang des Jahres noch unter der schwachen Weltwirtschaft litt. Im 2. Quartal ergab sich dank des Krieges eine Gewinnverdoppelung! Wenn der Krieg weitergeht und sich damit die Versorgungsengpässe in Asien verschärfen, könnte das den Gewinn von DOW und anderen US-Chemiekonzernen noch steigern. Sie beziehen ihre Rohstoffe vor allem aus Frackingprodukten, ruinieren die Umwelt, sind aber unabhängig von Öl und Gas aus dem Nahen Osten.

Auch Düngerproduzenten haben höhere Gewinne dank steigender Preise. Nur die Bauern leiden darunter. Der Hamburger Kupferproduzent Aurubis gehört auch zu den Kriegsgewinnlern, da er das Abfallprodukt Schwefelsäure auf einmal teuer verkaufen kann. Bisher lief 50% des weltweiten Schwefelhandels über die Straße von Hormus. Aurubis konnte seine Jahresgewinnprognose von 425 auf 525 Millionen Euro erhöhen.

Man sieht also, auch im Krieg gibt es eine Klassenfrage. Das Kapital kann den Krieg zu einer Quelle höherer Profite machen. Die Arbeiterklasse und die große Mehrheit der arbeitenden Menschen bezahlen die Kriege mit höheren Preisen, Entlassungen, Sozialabbau, sinkenden Löhnen und im schlimmsten Fall auch mit ihrem Leben. Ihr Klasseninteresse ist daher gegen die Kriege der Großmächte! ★

Druck, Sanktionen, Staatsräson PRESSEFREIHEIT UNTER BESCHUSS

Die herrschende Klasse führt einen Kampf um die Wahrheit.

Slogans wie „Freie Presse - Schützen was uns wichtig ist“ kann man seit Anfang Mai auf zahlreichen Plakaten in ganz Deutschland lesen. Die Europäische Kommission hat eine gigantische Werbekampagne gestartet, um die angeblichen Errungenschaften der EU in Bezug auf Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit anzupreisen. Doch zeitgleich geht man in Brüssel und hierzulande immer härter gegen die Teile der Presse vor, die nicht bereit sind, die Politik der herrschenden Klasse zu stützen. Was wie ein Widerspruch zwischen Selbstdarstellung und Praxis erscheint, passt eigentlich sehr gut zusammen. Denn in Zeiten, in denen die Politik die Pressefreiheit angreift, wird es umso notwendiger, sich als ihr Beschützer darzustellen.

Internationaler Tag der weniger freien Presse

Der internationale Tag der Pressefreiheit am 3. Mai dient jedes Jahr als Bestandsaufnahme für die Lage der unabhängigen Presse. Im Zentrum steht dabei das jährliche Ranking von Reporter ohne Grenzen, bei dem die Organisation die Pressefreiheit in 180 Ländern bewertet. Doch der Tag dient auch für so manche Regierung dazu, sich gegenüber der globalen Konkurrenz zu profilieren. So erklärte Kulturstaatsminister Wolfram Weimar im Vorfeld des Tages, man müsse ihn nutzen, um auf die „mutigen Journalisten in Ländern wie Venezuela, Russland und Iran“ aufmerksam zu machen. Ohne Zweifel ist die Lage der unabhängigen Presse in diesen Ländern nicht besonders gut, doch damit stehen sie längst nicht allein da. Dieses Jahr fiel die Bilanz vieler Staaten nicht gut aus. Weltweit hat sich die Lage von Journalistinnen und Journalisten verschlechtert und auch Deutschland rutscht in der diesjährigen Rangliste erneut einige Plätze nach unten. Dabei spricht Reporter ohne Grenzen von einer wachsenden Bedrohungslage hier im Land. Als zentrale Gründe dafür werden die steigenden Übergriffe auf Journalisten, insbesondere bei der Berichterstattung über rechtsextreme Milieus, und die „unverhältnismäßig hohen Hürden bei der Berichterstattung zum Nahostkonflikt“ genannt. Bereits Anfang des Jahres sprach Reporter ohne Grenzen in seinem Lagebericht von einem angespannten Klima bezüglich der Nahostberichterstattung. Demnach hätten Journalisten Schwierigkeiten, Kriegsverbrechen Israels auf die Art und Weise aufzugreifen wie bei anderen Ländern.

Pressefreiheit im Rahmen der Staatsräson

Der enorme Druck, der auf Medienschaffenden hierzulande lastet, wenn es darum geht über den Völkermord in Gaza zu berichten, wurde in den letzten zwei Jahren immer wieder deutlich. So wurde schon vor zwei Jahren bekannt, dass die ARD eine Handreichung mit dem Titel „Glossar Berichterstattung zum Nahostkonflikt (zur internen Nutzung)“ an seine Mitarbeiter gegeben hat, in der auf 44 Seiten dargelegt wird, wie man den Krieg Israels gegen das palästinensische Volk einzuordnen habe. Das Papier listete unter anderem eine Reihe von Experten, die man zu dem Thema anfragen könne, wobei diejenigen, die in Verdacht stehen, von der Staatsräson in einigen Punkten abzuweichen, etwa die Politologin Muriel Asseburg, mit einem Warnhinweis und dem Verdacht der einseitigen Argumentation versehen wurden. Befeuert wurde der Druck auf die Berichterstattung auch von Vertretern Israels. Das bekam unter anderem die ARD-Journalistin Sophie von der Tann zu spüren. Die Tel Aviv-Korrespondentin des öffentlich-rechtlichen Senders sah sich aufgrund ihrer Berichterstattung aus Israel, die auch Kriegsverbrechen der IDF ansprach, mit einer Welle von Hass und Diffamierungen durch Vertreter der israelischen Regierung in Deutschland konfrontiert. Zwar gab es einige Kolleginnen und Kollegen und auch Reporter ohne Grenzen, die ihr daraufhin Solidarität aussprachen, seitens der Bundesregierung gab es jedoch keinerlei Rückendeckung.

Die Berichterstattung zum Völkermord in Gaza ist insgesamt als Musterbeispiel für den Umgang Deutschlands mit der Pressefreiheit zu sehen. Denn dabei hat sich besonders deutlich gezeigt, dass diese nur so weit gewährleistet bzw. geschützt wird, wie nicht die Gefahr besteht, in zu großem Maße den Interessen der herrschenden Klasse in die Quere zu kommen. Mit dem Berufen auf die Staatsräson hatte man ein besonderes Mittel in der Hand, um die diese Interessen zu verschleiern und konnte so deutlich härter gegen Abweichungen vorgehen, ohne einen zu großen Aufschrei zu produzieren. Doch die Kluft zwischen der Selbstdarstellung der Bundesregierung als moralisch überlegen und der Wahrnehmung großer Teile der Bevölkerung wurde irgendwann so groß, dass immer mehr Teile der Gesellschaft diese Verschleierung nicht mehr abgekauft haben. Immer wieder wurde in Meinungsumfragen das geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Berichterstattung zu dem Thema deutlich.

Freie Presse – Sanktionieren was uns nicht passt

Die Berichterstattung zum Völkermord in Gaza ist zwar ein besonders eindrückliches Beispiel für den Umgang der Bundesregierung mit der Pressefreiheit, aber längst nicht das einzige. Bereits in der letzten Ausgabe (Mai 2026) haben wir den Fall des von der EU sanktionierten Journalisten Hüseyin Doğru behandelt. Der Gründer der Online-Plattform von Red Media war nicht der einzige, dem im Kontext seiner journalistischen Tätigkeit die Konten gesperrt und das Reisen verboten wurde (mittlerweile wurde sogar das Konto von Doğrus Mutter gesperrt). Im selben Sanktionspaket wurde auch der Schweizer Militäranalyst und Autor Jacques Baud aufgeführt, mit denselben Konsequenzen für sein persönliches Leben. Der Fall von Jacques Baud ist ein besonders interessant, weil Baud durchaus als renommierter Experte für die Lage in der Ukraine gesehen werden kann. Er arbeitete für den Schweizer Nachrichtendienst als Analyst für die Ostblockstaaten und war sogar Teil von NATO-Missionen in der Ukraine. Die Sanktionen gegen ihn wurden mit der Verbreitung von „prorussischer Propaganda“ und dem

dieses Narrativ aufrecht zu erhalten. Nur so können all die Waffenlieferungen, die das Töten weiter am Laufen halten, gegenüber der Bevölkerung gerechtfertigt werden. Nur so kann jede Verhandlungsoption zu Ungunsten der eigenen Interessen bei der Aufteilung der Ukraine ausgeschlagen werden.

Herrschende Klasse führt Kampf um die Wahrheit

Der Druck auf die unabhängige Presse zeigt deutlich: Der Kampf um die Deutungshoheit und Wahrheit wird im Zuge der Kriege der letzten Jahre härter geführt als zuvor und die Pressefreiheit ist ein zentrales Kampffeld. Und dieser Kampf wird nicht nur über die Regierungen geführt. Auch die Kapitalisten selbst mischen dabei mit. Ein besonders beunruhigendes Beispiel könnte die Richtung aufzeigen, in die sich die Pressefreiheit entwickelt: Das neueste Startup des Tech-Unternehmers Peter Thiel. Mit Objection will der Gründer des Überwachungssoftware-Unternehmens Palantir mittels KI eine allein für die Medienwelt geschaffene Paralleljustiz einrichten. Jeder kann für 2000 Euro gegen Aussagen in der Presse



Verbreiten von Verschwörungstheorien zum Angriff Russlands auf die Ukraine begründet. Seine „Verschwörungstheorie“ besteht dabei darin, dass er in seinen Büchern und der Öffentlichkeit Gründe für den Ausbruch des Ukrainekrieges aufzeigt, die nicht dem herrschenden Narrativ entsprechen, nach dem der alleinige Grund dafür in der Machtgier und Ausbreitungsfantasien Wladimir Putins zu finden ist. Je länger der Krieg in der Ukraine andauert, desto wichtiger wird es für Deutschland und die anderen EU-Staaten,

klagen, woraufhin diese von KI und ehemaligen FBI-Mitarbeitern auf ihren „Wahrheitsgehalt“ geprüft werden. Die Entscheidungsgewalt über die Wahrheit liegt dabei bei denjenigen, die unsere Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhalten wollen. Das bedeutet auch, dass all jene Medienschaffende, die den Kampf dagegen aufnehmen und die wahren Ursachen aufdecken, zur Zielscheibe von der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen werden. ★

China lädt ein *Wer den Tisch deckt, bestimmt das Menü*

Die Vertreter der zwei größten imperialistischen Staaten, US-Präsident Donald Trump und der chinesische Staatspräsident Xi Jinping, trafen sich kürzlich in Peking. Kurz danach besuchte der russische Präsident Vladimir Putin China, gefolgt von einer Vertreterin des deutschen Imperialismus: Katherina Reiche.

Trump lässt Komplimente regnen - Ausdruck der zuspitzenden Widersprüche

Mit einer enormen Delegation aus ca. 20 Vertretern des US-Finanzkapitals reiste Trump in China an. Unter ihnen: Tech-Milliardär Elon Musk, Mitbegründer und CEO des NVIDIA-Monopols Jensen Huang, Apple-CEO Tim Cook und Boeing-CEO Kelly Ortberg. Denn der US-Handelskrieg gegen China läuft nicht wie erwartet. Dieser wurde zwar zunächst mit sicherheitspolitischen Gründen gerechtfertigt, das Ziel war allerdings klar: ein Zurückdrängen Chinas auf der globalen Bühne. China konnte zurückschlagen, wie z.B. durch die Kontrolle der Seltenen Erden (China verarbeitet knapp 90% der Seltenen Erden weltweit) oder anderer Lieferketten wie Solarzellen und Batterien. Auch der Krieg gegen den Iran kann aus US-Sicht nicht „gewonnen“ werden und dann wäre da noch das Thema Taiwan. Das Image der USA als „Weltmacht im Untergang“ verfestigt sich. Zudem machen die Umfragewerte für Trump deutlich, dass China am längeren Hebel sitzt. Doch auch China braucht die USA. Als Markt, um die Waren aus ihrer massiven Überproduktion abzusetzen, aber auch für den Import von High-Tech-Produkten, wie die Hochleistungschips von NVIDIA.

Er habe „so viel Respekt für China und die Arbeit, die sie geleistet haben“, sagte Trump nach dem Gespräch mit Xi Jinping. „Es ist eine Ehre mit ihnen zusammen zu sein und ihr Freund zu sein. Die Beziehung zwischen China und den USA wird besser sein als je zuvor.“ Bei den ganzen Komplimenten und der freundlichen Gestic könnte man meinen, es stehen sich nicht zwei imperialistische Großmächte gegenüber, die in einem Hegemonialkonflikt und erbitterten Handelskrieg verwickelt sind, der den gesamten Planeten beeinflusst. Doch absurde Aussagen wie diese sind es, die uns die gegenseitigen Abhängigkeiten und die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen den Imperialisten verdeutlichen: Auf kurze Sicht muss Trump liefern und Xi Jinping nimmt die Zugeständnisse dankend an. Die USA wollen ca. zehn chinesischen Firmen, darunter die Alibaba Group, die „H200“-Hochleistungschips (wichtig für KI) von NVIDIA zum Verkauf freigeben. Auch Flugzeuge und Turbinen von Boeing will China kaufen und selbst die Exportlizenzen für Rindfleisch freigeben.

Das einzige außenpolitische Zugeständnis, das Trump Xi abringen konnte, war dessen Aussage, dass der Iran keine Atomwaffen besitzen sollte. In Sachen Taiwan gab es wohl „Gespräche“ über US-Waffenlieferungen, die von chinesischer Seite als Erfolg bezeichnet werden. Doch auch dort ist nicht wirklich eine Entspan-

nung in Sicht, denn Taiwan bleibt für „Big-Tech“ aufgrund ihrer leistungsstarken Halbleiter unverzichtbar. Eine Kontrolle Chinas würde eine Neuverteilung globaler Lieferketten bedeuten. All das ist für keine Seite „der große Wurf“ und bedeutet sicherlich nicht das Ende des Handelskriegs, sondern ein kurzfristiges Entgegenkommen, dass beiden Imperialisten nicht sonderlich wehtut – mit einem kleinen Plus für China. Der zugrundeliegende Hegemonialkonflikt wird sich dadurch weiter verschärfen, denn die Zeit tickt im Sinne des chinesischen Imperialismus. Jede US-Maßnahme, die China nicht schwächt, stärkt es auf lange Sicht. Doch dass wohlwollende Worte Trumps noch nichts zu bedeuten haben, wissen alle spätestens seit dem letzten China-Besuch, nachdem er Komplimente regnen ließ und kurz darauf einen Handelskrieg verkündete. Das der „Kuchen“ noch nicht gegessen ist zeigte Trump mit seiner Einladung Xi Jinpings nach Washington für den 24. September.

Putins Besuch: Die Allianz der Rohstoffe und gegenseitigen Abhängigkeiten

Kurz nach Trumps Abflug folgte der nächste imperialistische Staatschef: Wladimir Putin. Die russisch-chinesische Partnerschaft sei auf einem „beispiellos hohen Niveau“ heißt es. Putin sprach trotz „ungünstiger äußerer Umstände“ – ein verhüllter Hinweis auf Russlands Isolation durch den Krieg gegen die Ukraine – von einer „starken, positiven Dynamik“ in den Wirtschaftsbeziehungen. Diese freundschaftlichen Worte kaschieren jedoch nur eine imperialistische Interessensgemeinschaft: Russland benötigt dringend einen Absatzmarkt für seine Rohstoffe, China muss die Energie für seine Warenproduktion sichern. Das jährliche bilaterale Handelsvolumen liegt bei über 200 Milliarden US-Dollar und ist für beide Seiten essenziell. Die Energiekooperation ist der Kern dieser Partnerschaft, die Putin als „Lokomotive“ der gegenseitigen Beziehungen bezeichnete. Im Jahr 2025 lieferte Russland 101 Millionen Tonnen Erdöl sowie 49 Milliarden Kubikmeter Erdgas nach China. Geplant sind weitere Gaspipeline-Projekte wie die „Power of Siberia 2“ über die Mongolei, die Russlands wirtschaftliche Abhängigkeit von China weiter zementiert, aber eben auch einen Ausweg aus der Krise mit Europa darstellt. Wie jede Allianz zwischen Imperialisten ist auch diese von inneren Widersprüchen geprägt. Beim Besuch zeigte sich China weiterhin als „neutraler Vermittler“ im Ukrainekrieg – während es gleichzeitig die militärische Zusammenarbeit mit Russland intensiviert, einschließlich geheimer Ausbildungsprogramme für russische Soldaten.

Reiches Besuch: Der Kampf des deutschen Imperialismus gegen den Technologierückstand

Kaum war Putins Delegation abgereist, empfing Xi die nächste Besucherin: Bundeswirtschaftsministerin und Lobbyistin für fossile Energie Katherina Reiche – gemeinsam mit 35 Vertretern des deutschen Finanzkapitals, darunter Schaeffler-Vorstand Thomas Stierle sowie Vertretern aus dem Bereich erneuerbare Energien und Start-ups, die den Technologierückstand aufholen sollen, und BASF-Chef Markus Kamieth, der erst wenige Wochen zuvor die Eröffnung eines neuen BASF-Mega-Werks in China gefeiert hatte – die größte Einzelinvestition der Unternehmensgeschichte mit fast neun Milliarden Euro.

Das Kernziel der Delegation war klar: Besserer Zugang zu Seltenen Erden und Investitionen. Wie bereits erwähnt verarbeitet China knapp 90% der Seltenen Erden weltweit und hatte im Zuge des Handelskriegs mit den USA die Ausfuhr von sieben Seltenen Erden und daraus gefertigten Magneten gedeckelt – mit direkten Folgen für die deutsche Industrie. Moderne Technologien sind ohne diese Rohstoffe nicht denkbar und Deutschlands exportorientierte Wirtschaft steckt in der Klemme. Das Handelsdefizit mit China spricht eine deutliche Sprache: Deutschland importierte 2024 Waren im Wert von 170 Milliarden Euro aus China – 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr – während die deutschen Exporte nach China um 9,7 Prozent auf 81 Milliarden Euro zurückgingen. Besonders hart trifft es die Stahlindustrie: Die deutsche Rohstahlproduktion ist im ersten Halbjahr 2025 um knapp zwölf Prozent auf das Niveau der Finanzkrise 2009 gesunken. Von den zehn größten Stahlkonzernen weltweit sitzen sechs in China. Der erste deutsche Konzern, Thyssenkrupp, landet auf Rang 42. Chinesische Konkurrenten verkaufen dieselben Güter teils 50 Prozent unter Marktpreis und verdrängen die deutsche Stahlindustrie systematisch vom Markt. Das EU-weite Handelsdefizit mit China stieg 2025 auf 359,3 Milliarden Euro – fast ein Fünftel mehr als im Vorjahr. Ökonomen nennen dies den „zweiten China-Schock“.

Als Vertreterin des deutschen Kapitals weiß Reiche, dass der deutsche Imperialismus schlicht (noch) nicht in der Position ist, dem chinesischen Kapital Bedingungen aufzuzwingen.

Kaum saß Reiche, kam Chinas Handelsminister Wang auch schon zur Sache: Er beklagte EU-Handelsschutzmaßnahmen mit „stark protektionistischer Färbung“ und versuchte dabei Deutschland zu isolieren. Seine Botschaft war klar: China und Deutschland seien doch eigentlich „Nutznießer der Globalisierung“ mit ähnlichen Interessen – wenn da nicht der US-Handelskrieg und die EU mit ihren Schutzmaßnahmen wäre. Denn die EU drängt mit Maßnahmen wie dem „Industrial Accelerator Act“ zu härteren Bedingungen für chinesische Investitionen.

Reiche versuchte stattdessen, ihn zu umwerben. Chinesische Investitionen seien „willkommen“, sagte sie. Überall auf dieser Tour schwärmte sie von der „Stärke Chinas“ und der „Technologieführerschaft“. Das ist keine Naivität, sondern Kalkül: Als Vertreterin des deutschen Kapitals weiß Reiche, dass der deutsche Imperialismus schlicht (noch) nicht in der Position ist,

dem chinesischen Kapital Bedingungen aufzuzwingen. Wer auf chinesische Investitionen hofft, um Deutschlands Technologierückstand aufzuholen, muss nett wirken und die eine oder andere Provokation auch schlucken können. Diese Unterwürfigkeit ist das Eingeständnis, dass der deutsche Imperialismus gegenüber dem chinesischen zunehmend ins Hintertreffen gerät. Jahrzehntelang lieferte die deutsche Industrie die Technik für Chinas Aufstieg – nun sind es Deutschlands Kernindustrien, die in Bedrängnis sind. Dass die europäischen und insbesondere die deutschen Imperialisten nicht einfach hinnehmen werden, in wirtschaftlicher wie militärischer Hinsicht ins Hintertreffen zu geraten, sondern dem Gang der Geschichte vor allem auf militärischem Gebiet eine andere Wendung geben wollen, das zeigen die gigantischen Aufrüstungsprogramme in der EU („ReArm Europe“-Plan, 800 Mrd. € Militärausgaben) und deren Mitgliedsstaaten, sowie die Angriffe auf den noch verbleibenden Sozialstaat. ★



NEUE ANGRIFFE



BEIM VW-KONZERN

Der Volkswagen-Konzern (VW), der in der vergangenen Zeit seine Produktionskapazitäten um mehr als zwei Millionen reduziert und dafür 70.000 Arbeitsplätze abgebaut hat, bereitet nun einen neuen Angriff vor. Demnach sollen in Deutschland die Produktionskapazitäten um eine weitere Million Autos abgebaut werden. Während zahlreiche „Lösungen“ diskutiert werden, darunter Werksschließungen und die Verlagerung der Produktion nach Mexiko und in die Türkei, fordert die Porsche-Piech-Dynastie eine Steigerung der Gewinnmarge auf ein Niveau zwischen 8 und 10 Prozent. Während all dies geschieht, „übersetzt“ die IG Metall die Erklärungen des Konzerns für die Arbeiter!

Die Umstrukturierung der Volkswagen AG (VW AG), Europas größtem und weltweit zweitgrößtem Automobilkonzern, geht weiter. Der VW-Konzern, der jahrelang mit Konkurrenten aus Japan und den USA auf dem weltweiten Automobilmarkt um einen größeren Anteil bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor hart konkurrierte, verliert insbesondere auf dem chinesischen Markt seine Vormachtstellung, da Elektrofahrzeuge dort immer mehr Anklang finden.

Volkswagen-Konzern (VW AG)

Die VW AG umfasst zehn Hauptmarken aus fünf europäischen Ländern, die ein breites Spektrum vom Massenmarkt- bis zum Luxussegment abdecken. Zu den Hauptmarken gehören: Volkswagen, Audi, Skoda, Seat, Cupra, Porsche, Lamborghini, Bentley, Ducati (Motorräder) und Volkswagen Nutzfahrzeuge (VNF).

TRATON SE, eine Tochtergesellschaft der Volkswagen AG, ist ein Zusammenschluss der vier früheren Lkw-Unternehmen des Konzerns. TRATON SE ist einer der weltweit führenden Hersteller von Nutzfahrzeugen. Die vier Hauptmarken der Gruppe sind: Scania, MAN, Navistar (International) und Volkswagen Truck & Bus („VW Caminhões e Ônibus“). Die Produktpalette umfasst neben leichten und schweren Lkw auch Busse.

Die Porsche-Piech-Dynastie ist unersättlich!

Unter den weltweit im Jahr 2025 verkauften mehr als 80 Millionen Autos lag der Anteil von Elektro- und Hybridfahrzeugen erstmals bei über 25 Prozent. Es wird erwartet, dass die Zahl der verkauften Elektro- und Hybridfahrzeuge, die etwas über 20 Millionen lag, auch in diesem Jahr weiter steigen wird.

Volkswagen liegt in Europa sowohl bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor als auch bei Elektrofahrzeugen an erster Stelle. Doch diese Position des Konzerns ist nicht sehr gefestigt. Vor allem die US-amerikanische Firma Tesla und das chinesische Unternehmen BYD dominieren derzeit auf der Welt den Markt für Elektrofahrzeuge.

Genau hier beginnen die Wettbewerbsprobleme des VW-Konzerns. Wenn von „Problemen“ gesprochen wird, bedeutet das nicht, dass der VW-Konzern Verluste macht. Im Gegenteil, dort läuft alles wie am Schnürchen: VW schloss das Geschäftsjahr 2025 mit einem Gewinn von 6,9 Milliarden Euro ab. Der Finanzvorstand des Konzerns, Arno Antlitz, begann bei der Vorstellung der Bilanz für 2025 mit den Worten: „Das Jahr 2025 war geprägt von geopolitischen Spannungen, Zöllen und intensivem Wettbewerb“. Damit sagt Antlitz jedoch nur die halbe Wahrheit: Wären die in der Bilanz als „Sondereffekte“ bezeichneten Posten – mit Ausnahme der US-Zölle – herausgerechnet worden, hätte der Konzern ein operatives Ergebnis von 17,7 Milliarden Euro erzielt, was einer Gewinnmarge von 5,5 Prozent entsprochen hätte.

Nach Angaben des Betriebsrats (BR) belastete allein der Strategiewechsel bei Porsche die Konzernbilanz mit rund 5 Milliarden Euro, während sich die US-Zölle mit rund 3 Milliarden Euro in der Bilanz niederschlugen. Außerdem flossen dem Konzern plötzlich weitere 6 Milliarden Euro zu! Über die Herkunft dieser Summe wurde der Öffentlichkeit bislang noch keine Auskunft gegeben. Insgesamt betrachtet jammert der VW-Konzern trotz seiner starken Position auf hohem Niveau.

Die Erwartungen der Eigentümer des Konzerns, der Porsche-Piech-Dynastie und des Staatsfonds von Katar, sind äußerst klar: Laut einem am 27. April 2026 veröffentlichten Bericht der Zeitung Handelsblatt haben die Eigentümer des Konzerns im VW-Aufsichtsrat mitgeteilt, dass sie „Pläne zur Entwicklung einer neuen Vision haben, die trotz sinkender Verkaufszahlen eine Gewinnmarge von zehn Prozent anstrebt“. Die Automobil-Milliardäre üben seit langem Druck auf die Unternehmensleitung aus, um die Gewinnmarge und die Dividendenzahlungen zu sichern, und fordern verstärkte Sparmaßnahmen.

Mehr Gewinn bei geringeren Verkäufen

Die „neue Vision“ der Porsche-Piech-Dynastie und anderer Aktionäre ist nicht neu. Mit weniger Arbeitskräften mehr produzieren, verlängerte Arbeitstage und Versuche, die Löhne der Arbeiter zu senken – das steht im Streben des Kapitals nach maximalem Profit immer auf der Tagesordnung. In der sozialistischen Literatur wird dies kurz als „extreme Ausbeutung“ bezeichnet!

Da die Porsche-Piech-Dynastie ihren Managern den Auftrag erteilt hat, „trotz geringerer Verkaufszahlen höhere Gewinnmargen“ zu erzielen, braucht man kein Hellseher zu sein, um zu erkennen, dass die Angriffe auf Arbeiterrechte im VW-Konzern erheblich zunehmen werden.

Alle „Sparpakete“, die innerhalb des Konzerns unter dem Vorwand der „Sicherung von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit“ auf den Tisch kommen, dienen ausschließlich der Steigerung der Gewinnmarge: Abgesehen von früheren Zeiten wurden seit 2020 kontinuierlich zahlreiche Sparmaßnahmen zur Kostensenkung umgesetzt. Noch bevor der Ende 2023 beschlossene Plan, bis 2026 jährlich 10 Milliarden Euro einzusparen, umgesetzt werden konnte, wurde Ende 2024 in Deutschland der Abbau von 35.000 Arbeitsplätzen sowie die Schließung von zwei Werken (Dresden und Osnabrück), in China 20.000 Entlassungen und die Schließung von zwei Werken (Xinjiang und Nanjing) beschlossen.

Während die Entlassungen und Werksschließungen in Deutschland bis 2030 andauern werden, wurden die betroffenen Werke in China bereits geschlossen und 20.000 Beschäftigte entlassen. VW-Chef Oliver Blume sagte dazu: „Was für uns in China eine sehr positive Erfahrung war, ist die hohe Disziplin und Bereitschaft bei der Umsetzung der Maßnahmen. [...] Wir sollten uns ansehen, wie andere Länder vorgehen; auch in China gibt es viel darüber zu lernen, wie sich das Land entwickelt“ (BILD, 21.3.2026: „Wir haben VW von Grund auf umgekrempelt“) und machte damit deutlich, dass man einen aggressiveren Kurs einschlagen werde.

Überkapazitäten werden abgebaut

CEO-Blume legte bei der Aufsichtsratssitzung Ende April einen fast 180-seitigen Bericht vor, der in Zusammenarbeit mit der Beratungsfirma „Boston Consulting Group“ (BCG) erstellt worden war. Demnach seien die Produktionskapazitäten in allen Werken des Konzerns nach wie vor hoch, deshalb müssen vier weitere Werke

geschlossen werden. Wie bekannt ist, hatte sich der VW-Konzern Ende 2024 mit dem Gesamtbetriebsrat (GBR) und der IG Metall darauf geeinigt, die Produktionskapazität von über 12 Millionen auf 10 Millionen bis Ende 2027 zu senken. In diesem Zusammenhang war beschlossen worden, in Deutschland insgesamt 50.000 Beschäftigte abzubauen – davon 35.000 aus VW-Werken und 15.000 von Audi und Porsche (im Rahmen von Vorruhestandsregelungen und Sozialplänen) – sowie die zwei Werke (Dresden und Osnabrück) zu schließen. Dieser Plan hatte die Produktionskapazität in Deutschland um eine Million reduziert. Durch die Schließung von zwei Werken in China und die Entlassung von 20.000 Beschäftigten wurde die Gesamtproduktionskapazität in China um 1,5 Millionen reduziert. Außerdem soll mit Ausnahme von Porsche ein neues Lohnsystem eingeführt werden, um die Löhne um 20 Prozent zu senken – die Verhandlungen darüber laufen hinter verschlossenen Türen weiter.

Nach dem neuen Plan steht die Schließung

der Werke in Emden, Zwickau und Hannover, in denen VW-Modelle hergestellt werden, sowie des Werks in Neckarsulm, in dem Audi-Modelle produziert werden, auf der Tagesordnung. In diesen Werken sind derzeit etwa 43.000 Arbeitnehmer beschäftigt. In einem Artikel der Zeitschrift Manager Magazin (MM) wird ein Manager aus dem VW-Vorstand mit folgenden Worten zitiert: „Wir können in Deutschland zwei (VW-)Werke schließen, ohne auch nur ein einziges Auto zu verlieren. Gleichzeitig sparen wir 1,5 bis 1,7 Milliarden Euro.“ Der Manager bezieht sich dabei auf die Werke in Emden und Zwickau.

Gemäß dem zwischen GBR/IG Metall und VW unterzeichneten Vertrag werden die Werke in Dresden und Osnabrück nicht geschlossen. Der Vorstand des Konzerns sucht nach „Alternativen“ für diese Werke. Für das Werk in Dresden, in dem die Produktion Ende 2025 eingestellt wurde, laufen offiziell Arbeiten zur Umwandlung in einen „Innovationscampus“ in Zusammenarbeit mit der TU Dresden. Laut Informationen, die an die Presse durchgesickert sind, laufen jedoch Gespräche über den Verkauf des Werks an den chinesischen Konkurrenten BYD oder über die Produktion für diesen Konzern. Was das Werk in Osnabrück betrifft, so laufen Gespräche über den Verkauf an den israelischen Rüstungskonzern „Rafael Advanced Defence Systems“ oder über die gemeinsame Produktion von Kriegsfahrzeugen mit diesem Unternehmen.

Die Schließung des Werks in Hannover, in dem die Elektrofahrzeuge ID.Buzz und der VW-Transporter (Generation T7) hergestellt werden, steht schon seit längerem zur Debatte. Der neue VW-Transporter (Generation T7), der Anfang 2025 auf den Markt kam, wird unter anderem in der Türkei produziert. Die Produktion erfolgt in Zusammenarbeit mit Ford im Ford Otosan-Werk in Kocaeli – nach Angaben der Beteiligten lässt sich die Produktionskapazität in Kocaeli problemlos erhöhen.

Im Audi-Werk in Neckarsulm werden derzeit Modelle wie der A5 und der A6 produziert; beide sind Modelle mit Verbrennungsmotor. Audi-CEO Gernot Döllner hatte zuvor erklärt, dass man es vorziehe, die Produktion in Nordamerika zu stärken und ein Audi-Werk in den USA zu errichten, anstatt überschüssige Produktionskapazitäten in Deutschland zu erhalten. Die Produktion in Neckarsulm könnte hingegen vollständig nach Ingolstadt verlagert werden, wo sich der Audi-Hauptsitz befindet. Sollten diese Pläne des Konzerns umgesetzt werden, würden in Deutschland nur noch in Wolfsburg (VW) und Ingolstadt (Audi) Fahrzeuge für den breiteren Markt produziert.

Für die Porsche-Werke in Zuffenhausen und Leipzig gibt es noch keine konkreten Pläne. Laut einem Bericht in „Spiegel Plus“ erklärte Michael Leiters, der Anfang dieses Jahres zum Porsche-Vorstandsvorsitzenden ernannt wurde, dass derzeit Pläne ausgearbeitet werden, welche Modelle das Unternehmen gemeinsam mit Audi an welchen Standorten produzieren könnte. So werden beispielsweise Porsches „Elektro-SUV Macan“ und Audis „Q6 e-tron“ auf derselben Plattform produziert. Porsche könnte dieses Modell aus Leipzig abziehen und nach Ingolstadt verlagern, wo die Produktion kostengünstiger ist. Auch das Porsche-Modell M1 (vorläufiger Name), das auf der Plattform des Audi Q5 produziert werden soll, könnte nach Mexiko verlagert werden, wo die Produktion sehr kostengünstig ist. CEO Blume strebt im Rahmen der „SSP & CSP-Plattformstrategie“ (siehe Kasten) an, die Zahl der rund 150 Modelle aller Marken innerhalb des Konzerns auf 100 zu reduzieren und die Fahrzeugproduktion in den kommenden Jahren mit der Plattform der dritten Generation noch flexibler zu gestalten. So können im selben Werk und am selben Fließband deutlich mehr Fahrzeuge produziert werden. Dies entspricht der Forderung der Porsche-Piech-Dynastie nach „höheren Gewinnmargen trotz geringerer Verkaufszahlen“. Die VW-Chefs wollen sich in den deutschen Werken auf teure Modelle konzentrieren, die höhere Gewinnmargen bringen.

IG Metall übersetzt VW!

Die Pläne des VW-Konzerns waren bereits vor der oben erwähnten Aufsichtsratssitzung an die Presse durchgesickert. Verschiedene Medien hatten berichtet, dass VW nach dem 2024 in Kraft getretenen Sparprogramm einen neuen Angriffsplan vorbereitet habe und dass in diesem Zusammenhang die Schließung von vier Werken auf der Tagesordnung stehe. Die betreffenden Meldungen waren am 16. Februar, 23. April und 6. Mai auf der Website des Manager Magazins (MM) veröffentlicht worden. Andere Medien hatten die Meldungen unter Berufung auf das MM verbreitet.



Die IG Metall sah sich hingegen nach jener Veröffentlichung im MM noch am selben Tag veranlasst, zu erklären, was die Artikel bedeuteten (siehe: www.igm-bei-vw.de). Dass die IG Metall Wolfsburg quasi versucht, die Aussagen von CEO Blume zu übersetzen, ist im wahrsten Sinne des Wortes tragikomisch! Es wird behauptet, es sei „völliger Unsinn“, die in der Presse bekannt gewordenen Pläne des Konzerns als „Generalangriff“ oder „Massenentlassung“ zu bezeichnen. Im Aufsichtsrat des Konzerns sitzen IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner, GBR-Vorsitzende Daniela Cavallo und andere „im Namen der Arbeitnehmer“. Wäre es nicht richtiger, statt die Presseberichte zu übersetzen, die Vertreter im Aufsichtsrat zu fragen, worüber gesprochen wurde, und entsprechend Stellung zu beziehen?

Von der IG Metall hätte man erwartet, dass sie den Arbeitern – statt CEO Blume zu übersetzen – anlässlich der am 11. Mai beginnenden Wahl der Vertrauensleute erklärt, wie man sich gegen die geplanten Angriffe wehren kann. Aber vergeblich! Die erste Aufgabe der neu gewählten Vertrauensleute und der noch zu wählenden Vertrauenskörper-Leiter muss es sein, dieser Situation Einhalt zu gebieten und den Kampf von der Basis aus zu organisieren. ★

Die wichtigsten Punkte der VW-Plattformstrategie (SSP & CSP):

Der VW-Konzern montiert, wie andere Automobilkonzerne auch, Modelle verschiedener Marken des Konzerns auf denselben Plattformen (Chassis), um die Produktionskosten zu senken. VW verkauft diese Plattformen zudem an andere Automobilkonzerne – so werden beispielsweise die in Köln hergestellten Ford-Modelle „Explorer“ und „Capri“ auf der „MEB“-Plattform von VW montiert.

SSP (Scalable Systems Platform):

Diese „Plattform 3.0“ wird ab der zweiten Hälfte der 2020er Jahre alle bestehenden modularen Plattformen des Konzerns (MQB, MLB, MEB) ablösen. Die Plattform, die Elektroantrieb und Digitalisierung vereint, wird konzernweit in über 30 Modellen eingesetzt werden, von Kleinwagen bis hin zu Sportwagen.

Kostensenkung und Effizienz: *Die SSP zielt darauf ab, die Fahrzeug- und Produktionskosten um 10 bis 20 % zu senken, indem sie die einheitliche Verwendung von Motoren, Achsen und Batterien ermöglicht.*

Einheitliche Batterie: *Ein wichtiger Bestandteil der Strategie ist die Einführung einer einheitlichen Batteriezelle (Standardformat), die flexibel mit unterschiedlichen chemischen Zusammensetzungen bestückt werden kann.*

Software-Integration: *Die Konzerngesellschaft CARIAD arbeitet an einer einheitlichen Softwareplattform (VW.OS), um Funktionen wie „Over-the-Air“-Updates zu ermöglichen.*

Regionale Plattform (CSP): *Aufgrund der hohen Dynamik auf dem chinesischen Markt entwickelt VW dort eigenständig die „China Scalable Platform“ (CSP), um schneller auf lokale Anforderungen reagieren zu können.*

Strategie 2030 / Boost 2030: *Diese Strategien zielen darauf ab, die Modellkomplexität zu reduzieren, Prozesse zu straffen und die Technologie- und Volumenführerschaft im Bereich der Elektrofahrzeuge zu sichern.*

LESERBRIEFE

ZUM LEITARTIKEL DER APRIL-AUSGABE

Die Hand ins Feuer legen für Imperialisten?

Von einer Bedrohungslüge zu sprechen, gleicht einer Erklärung, dass Russland niemals ein Nato-Staat angreifen würde. So ist es auch in den meisten Fällen gemeint. Der Artikel beschreibt sehr gut, wie Kriege einzuschätzen sind und dass wir nicht die Hand für Imperialisten ins Feuer legen sollten.

Sicherlich ist ein Angriff Russlands auf ein Nato-Staat, ob heute oder 2029, wie ein Schuss in den eigenen Kopf. Weder militärisch noch ökonomisch ist Russland in der Lage, einen Krieg gegen die Nato zu führen. Allein die europäischen Nato-Mitglieder sind mit Material und Soldaten den Russen weit überlegen. Und bisher dient nur der BND als geheime Quelle der Erkenntnis einer russischen Bedrohung. Eine Veröffentlichung von 17 US-Geheimdiensten sollte auch herangezogen werden, in der zu lesen ist: „Russland will mit ziemlicher Sicherheit keinen direkten militärischen Konflikt mit den Streitkräften der USA und der NATO“ („Annual Threat Assessment of the U.S. Intelligence Community“, 5. Februar 2024, Seite 14).

Der Ukraine Krieg hat mittlerweile Russland so weit gebracht, dass sie förmlich dabei zuschauen mussten wie die Partner Syrien, Venezuela, Iran oder Kuba von den USA geputscht, zerbombt oder ausgehungert werden. Dadurch verlieren sie nicht nur irgendwelche Partner, sondern ihre Einflussgebiete.

Aber soll das jetzt der Beweis dafür sein, dass es von Russland zu keinem Angriff kommt?

In der Ukraine hatte Russland seine roten Linien. Die Nato-Osterweiterung, das EU-Assoziierungsabkommen und die bevorstehenden Mitgliedschaften hatten diese Linie überschritten. So kam es zum Einmarsch Russlands in die Ukraine. Davor hatten innerhalb der Friedensbewegung viele drauf geschworen, dass es zu keinem Einmarsch in der Ukraine kommt. Naja, was danach kam, findet bis heute kein Ende.

Aber genau das zeigt uns doch, dass es bestimmte roten Linien gibt, die wir nicht vorhersehen können. Gerade in einer Zeit, wo der US-Imperialismus um sich her wütet und einem Putsch die nächste Bombardierung folgt, bis dahin dass sie sogar Grönland annektieren wollen, kann doch jeder Moment der Moment sein, in dem rote Linien überschritten werden.

Welches Argument überwiegt jetzt? Dass das es zu keinem Angriff kommen wird oder dass eine weitere rote Linie überschritten wurde und es zu einem Angriff kommen wird? Wir dürfen nicht in schwarz-weiß denken und nicht zulassen, dass wir im imperialistischen Zahnrad zermürbt werden.

Eins steht fest. Das deutsche Kapital möchte auf der Sonnenseite des Verteilungskampfes stehen. Anstatt uns in Diskussionen zu verlieren, ob Russland angreift oder nicht, müssen wir darüber reden, warum Kriege geführt werden und wie wir die Friedensbewegung mit unserer Sicht der Dinge stärken können, um dem Ganzen ein Ende setzen. Der Frieden muss unsere rote Linie sein.

ZUM ARTIKEL „GIBT ES DIE ARBEITERKLASSE IN DEUTSCHLAND NOCH?“

Liebe Redaktion,

der Artikel „Gibt es die Arbeiterklasse in Deutschland noch?“ liefert eine überzeugende und sachlich gut begründete Antwort auf die Frage des Titels. Besonders hervorzuheben ist die klare Einordnung, hier zeigt der Text nachvollziehbar, worauf sich der Begriff Arbeiterklasse bezieht und wie der Mythos des „Verschwindens der Arbeiterklasse“ konstruiert wird.

Überzeugend sind außerdem die zahlreichen Statistiken und Darlegungen. Die dargestellten Zahlen zur Entwicklung der Industrieproduktion, zur Armutsgefährdung und zur Vermögensverteilung verdeutlichen dies. Besonders der Hinweis, dass die Produktivität steigt, während gleichzeitig viele Menschen kaum Vermögen besitzen und weiterhin auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind, macht die gesellschaftlichen Unterschiede deutlich.

Der Artikel schafft eine verständliche und gut belegte Analyse der heutigen Klassengesellschaft und erläutert wodurch Spaltung in der Arbeiterklasse gefördert wird.

SCHICKT UNS LeseBRIEFE!

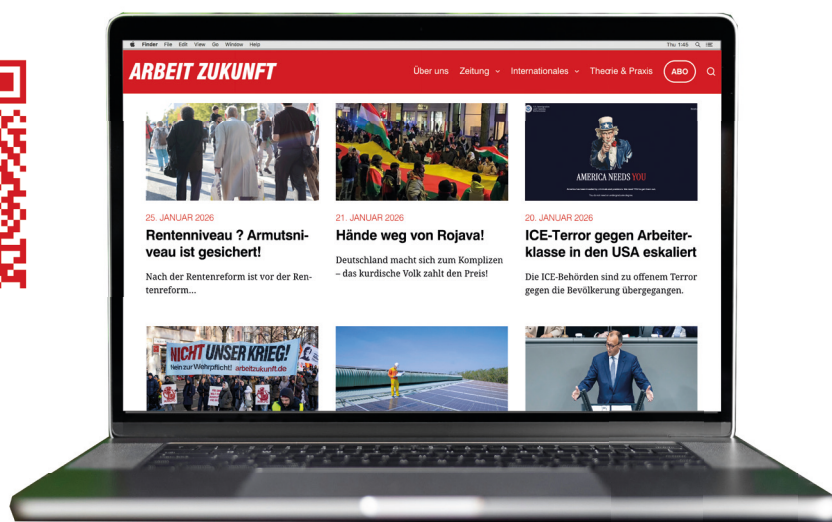
Du hast eine Ergänzung, Kritik oder auch positive Rückmeldung zu einem Artikel? Du denkst etwas wurde falsch dargestellt oder wesentliche Argumente fehlen? Dir fehlt es an Artikeln zu bestimmten Themen? Du hast Kampferfahrungen oder Probleme aus deinem Betrieb die es sich lohnen zu teilen? Du kannst wertvolle Einblicke in Kämpfe an Unis, Schulen oder Nachbarschaften teilen oder von Problemen dort berichten? **Dann schreib uns!** Denn wir brauchen eure Rückmeldungen und Beiträge um die Zeitung ständig weiter zu entwickeln.

Wir veröffentlichen Leserbriefe und Berichte aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.

Du willst keinen Artikel mehr verpassen?

Wir veröffentlichen regelmäßige Artikel zu aktuellen Fragen auf unserer Website: arbeitzukunft.de

In unserem Infokanal auf WhatsApp wirst du regelmäßig benachrichtigt:



Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an abos@arbeit-zukunft.de oder den QR-Code scannen

